



Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR)
Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH)
Centro svizzero di competenza per i diritti umani (CSDU)
Swiss Centre of Expertise in Human Rights (SCHR)



JAHRESBERICHT

RAPPORT ANNUEL

RAPPORTO ANNUALE

2014

JAHRESBERICHT 2014

- 6 VORWORT
- 8 IM GESPRÄCH MIT DEM PRÄSIDENTEN DES BEIRATES
- 10 RÜCKBLICK AUF VIER JAHRE PILOTPROJEKT
- 12 NATIONALE MENSCHENRECHTSINSTITUTIONEN IN EUROPA
- 14 AKTIVITÄTEN 2014
- 16 LGBTI-MENSCHEN: EINE VERNACHLÄSSIGTE MINDERHEIT?
- 18 ZUR BEDEUTUNG DER MENSCHENRECHTE IN DER SOZIALHILFE
- 20 STRUKTUR UND FINANZEN
- 21 AUSBLICK

RAPPORT ANNUEL 2014

- 24 AVANT-PROPOS
- 26 ENTRETIEN AVEC LE PRÉSIDENT DU CONSEIL CONSULTATIF
- 28 RÉTROSPECTIVE SUR QUATRE ANS DE PROJET PILOTE
- 30 INSTITUTIONS NATIONALES DES DROITS HUMAINS EN EUROPE
- 32 ACTIVITÉS 2014
- 34 PERSONNES LGBTI: UNE MINORITÉ NÉGLIGÉE?
- 36 SIGNIFICATION DES DROITS HUMAINS DANS L'AIDE SOCIALE
- 38 STRUCTURE ET FINANCES
- 39 PERSPECTIVES

RAPPORTO ANNUALE 2014

- 42 PREFAZIONE
- 44 INTERVISTA AL PRESIDENTE DEL COMITATO CONSULTIVO
- 46 RETROSPETTIVA SU QUATTRO ANNI DI PROGETTO PILOTA
- 48 LE ISTITUZIONI NAZIONALI PER I DIRITTI UMANI IN EUROPA
- 50 ATTIVITÀ 2014
- 52 PERSONE LGBTI: UNA MINORANZA NEGLETTA?
- 54 L'IMPORTANZA DEI DIRITTI UMANI NELL'AIUTO SOCIALE
- 56 STRUTTURA E FINANZE
- 57 PROSPETTIVE

JAHRESBERICHT

2014

Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR)

VORWORT

2015 endet das Pilotprojekt SKMR und der Bundesrat wird zu entscheiden haben, wie es weiter geht: Grund genug für einen kurzen Rückblick.

Erwartungen

Als der Bundesrat 2009 entschied, ein universitär verankertes Kompetenzzentrum für Menschenrechte zu schaffen, verknüpfte er damit eine Reihe von Erwartungen. Das fünfjährige Pilotprojekt werde die Arbeit von Behörden und anderen Kreisen kompetent und pragmatisch unterstützen. Insbesondere sollte das Zentrum im Bereich der Menschenrechte praxisorientierte Fachkompetenz bereitstellen; die Menschenrechtssituation in der Schweiz dokumentieren und analysieren; den systematischen Austausch von Know-how und den Dialog fördern; Weiterbildungen organisieren sowie Instrumente zur Sensibilisierung für Menschenrechte entwickeln; und Forschungsprojekte und Evaluationen zur Tragweite und zur konkreten Umsetzung menschenrechtlicher Normen in der Praxis durchführen. Wie weit das schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) diese Erwartungen erfüllt hat, ist Gegenstand einer anfangs 2015 stattfindenden Evaluation. Ihr soll hier nicht vorgegriffen werden. Trotzdem macht ein Überblick über die wichtigsten Tätigkeitsfelder des SKMR nach vier Jahren Sinn.

Tätigkeitsfelder

Praxisorientierte Fachkompetenz und Forschung: Menschenrechte sind in aller Regel hoch abstrakt formuliert. Gleichzeitig verleihen sie jedem Menschen Rechte, die gerichtlich durchsetzbar sind.

Deshalb sind die Menschenrechte von grosser praktischer Relevanz. Praktikerinnen und Praktiker sind sich allerdings oft nicht sicher, was das für ihre Alltagsarbeit bedeutet. In diesem Rahmen versuchten wir, die richtige Balance zwischen Orientierung an den Prinzipien der Menschenrechte und für die Praxis relevanten Aussagen zu finden. Das SKMR wurde immer wieder beauftragt, für bestimmte staatliche Tätigkeitsbereiche (z. B. betreffend Ausschaffungsflüge oder Bekämpfung der weiblichen Genitalbeschneidung) die relevanten menschenrechtlichen Standards zu identifizieren und in einer für die Praxis zugänglichen Weise aufzubereiten.

Dokumentation und Analyse der Menschenrechtssituation in der Schweiz:

Ein grosser Bedarf bestand an Informationen, die einen schweizweiten Überblick zur Umsetzung der Menschenrechte bieten. Diese Aufgabe stellte einen Schwerpunkt der Tätigkeiten in den vergangenen vier Jahren dar, die das SKMR unter verschiedenen Titeln wahrnahm. So identifizierten die 2013 veröffentlichten Grundlagenstudien systematisch Bereiche, in welchen die Schweiz von internationalen Menschenrechtsorganen kritisiert wurde. Die Studien untersuchten, wie relevant die jeweilige Kritik war, was Gesetzgeber und Behörden bereits unternommen hatten, und was noch zu tun ist. Ähnlich gingen wir 2011 vor, als das SKMR gebeten wurde, im Hinblick auf die zweite Universelle Periodische Überprüfung (UPR) der Schweiz durch den UNO-Menschenrechtsrat eine Zwischenbilanz bezüglich der Umsetzung der vom Bundesrat akzeptierten Empfehlungen der ersten UPR-

Runde zu ziehen. Während der OSZE-Präsidentschaft der Schweiz 2014 verfasste das SKMR im Auftrag des EDA eine Selbst-Evaluation unseres Landes zur Umsetzung verschiedener OSZE-Standards.

Systematischer Austausch von Know-how und Dialogplattform: Eine Reihe von Tagungen und runden Tischen erlaubte es Interessierten, sich zu aktuellen Menschenrechtsfragen auszutauschen. So diskutierten betroffene Akteure etwa Fragen zur Justiziabilität der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte und ihrer Anwendung durch Gerichte oder tauschten sich darüber aus, was die Konsequenzen einer Anerkennung des Individualbeschwerderechts an den UNO-Kinderrechtsausschuss wären. Ausserdem beteiligte sich das SKMR am Mehrparteien-Dialog zur Umsetzung der UNO-Richtlinien im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte («Ruggie Principles»).

Weiterbildung und Sensibilisierung:

In modernen pluralistischen Gesellschaften wie der Schweiz herrscht oft kein Konsens darüber, welchen Werten in einer konkreten Situation welche Bedeutung zukommt. Menschenrechte sind aber hochgradig werthaltig. Auch haben sie ihren Ursprung im nationalen Verfassungsrecht verschiedener Staaten, sind heute aber international verankert. All dies führt dazu, dass die Akzeptanz für den internationalen Menschenrechtsschutz in der Schweiz spürbar abgenommen hat. Weiterbildung und Sensibilisierung im Bereich Menschenrechte sind deshalb wichtiger denn je. Auch hier hat das SKMR durch Tagungen und Publikationen einiges getan, sich dabei aber weitgehend darauf beschränkt, Behörden und Organisationen anzusprechen. Wahrgenommen haben wir, dass vom SKMR zunehmend erwartet wird, breite Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Es bleibt offen, inwieweit universitäre Institutionen für diese Art von Öffentlichkeitsarbeit geeignet sind.

Erfahrungen

In den letzten vier Jahren hat das SKMR eine reiche Tätigkeit entfaltet. Es ist aber keine unabhängige Menschenrechtsinstitution im Sinne der Pariser Prinzipien, sondern ein Dienstleistungszentrum. Unsere Tätigkeitsfelder bestimmten sich daher massgeblich durch die erhaltenen Aufträge. Sei es bezüglich Bedarf, Struktur oder Arbeitsweise – das Pilotprojekt ermöglichte es, wichtige Erfahrungen zu sammeln. Die Kantone etwa, welche in der Schweiz in vielen Bereichen primär für die Umsetzung der Menschenrechte zuständig sind, waren mit uns regelmässig im Kontakt, doch das Potential der Zusammenarbeit ist noch nicht ausgeschöpft. Der Austausch mit der Zivilgesellschaft funktionierte in vielen Bereichen, könnte aber weiter gestärkt werden. Ungeklärt blieb schliesslich das Verhältnis des SKMR zu den ausserparlamentarischen Kommissionen des Bundes, die sich mit Menschenrechtsfragen beschäftigen. Trotz diesen Herausforderungen: Das SKMR hat seine Expertise und Tätigkeiten in den vergangenen vier Jahren stetig ausgebaut und kann auf einen vielfältigen und umfangreichen Leistungsausweis zurückblicken.



Walter Kälin
Direktor SKMR

IM GESPRÄCH MIT DEM PRÄSIDENTEN DES BEIRATES

Eugen David über das SKMR und die Rolle einer Nationalen Menschenrechtsinstitution, die Bedeutung der Menschenrechte und die Notwendigkeit, diese auch in der Schweiz zu schützen.

SKMR: Es war von Beginn weg klar, dass das SKMR ein befristetes Unterfangen ist. Wenn Sie als Präsident des Beirates Bilanz ziehen, wie fällt diese aus?

Eugen David: Es war ja ein sehr langwieriger Prozess, bis das Pilotprojekt überhaupt starten konnte. Lange wurde darüber diskutiert, wie so ein Pilotprojekt aussehen sollte. Schlussendlich hat sich die Idee eines Kompetenzzentrums durchgesetzt. Wenn ich jetzt zurückschaue, dann glaube ich, dass das SKMR den Auftrag, der ihm gegeben wurde, recht gut bewältigt hat. Jetzt muss man aber dran bleiben.

Was gibt es zum Beispiel noch zu tun?

Ich finde es absolut wichtig, dass man in der nächsten Phase – das heisst nach Ende des Pilotprojektes im Dezember 2015 – eine Konsolidierung anstrebt. Der bishe-

rige Auftrag, also ein Kompetenzzentrum, das Dienstleistungen erbringt, sollte bleiben. Es bedarf aber einer gefestigten Struktur. Deshalb hoffe ich, dass der Bundesrat eine gesetzliche Grundlage schafft. Darin müssten der Auftrag und die Trägerschaft klar formuliert werden. Ausser den Dienstleistungen sollte die Institution jedoch auch aus eigener Initiative Grundlagenarbeit im Bereich der Menschenrechte machen dürfen. Die Institution soll aber keinerlei richterliche oder behördliche Funktion wahrnehmen.

Auch wichtig finde ich, dass die Trägerschaft verbreitert wird. Schliesslich sollte man in der nächsten Phase nochmals auf die Erfahrungen mit Nationalen Menschenrechtsinstitutionen in vergleichbaren Ländern schauen. Am Schluss schaffen wir eine schweizerische Institution. Wir sollten aber die guten Dinge anderer Staaten anschauen und überlegen, ob wir das eine oder andere übernehmen könnten.

Sie sagten, wir sollten von den Erfahrungen anderer Länder lernen. In Norwegen zum Beispiel hat die Unterbringung der Nationalen Menschenrechtsinstitution an einer Universität zu Schwierigkeiten geführt. Wie schätzen Sie das für die Schweiz ein?

Ein ganz wichtiger Punkt ist die Unabhängigkeit der Institution, wie das auch in den Pariser Prinzipien festgeschrieben ist. Das heisst etwa, dass der Staat nicht in die inhaltliche Beurteilung dreinredet. Hin-

gegen finde ich, dass sich die Institution nicht direkt in die politischen Auseinandersetzungen einschalten sollte. Das bedeutet nicht, dass man keine Aufträge von einer Auftraggeberin mit einem bestimmten Blickwinkel annehmen dürfte. Beim Ausführen des Auftrages hat sich die Menschenrechtsinstitution jedoch auf wissenschaftliche Prinzipien zu stützen und Wertungen sind nachvollziehbar aufzuzeigen. Wertungen gibt es ja immer. In dem Sinne ist diese Arbeit immer politisch. Es soll aber nicht, wie könnte man sagen, positionspolitisch sein.

Es soll nicht einfach eine weitere politische Stimme sein?

Genau. Es geht darum, nicht so sehr über Menschenrechte zu sprechen, sondern konkrete Situationen zu verbessern. Wenn das Kompetenzzentrum zum Beispiel ein Gutachten zur Behandlung von älteren Menschen in staatlichen Institutionen verfasst, können sich die betroffenen Behörden auf eine solide Grundlage stützen. Das sind dann die kleinen Schritte, die mehr helfen, die Menschenrechte zu stärken, als lautstarke Kritik.

Die Institution soll vor allem eine beratende Funktion haben?

Ja, und eine motivierende Funktion, indem Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Setzt man zum Beispiel die Verantwortlichen öffentlicher oder privater Institutionen einfach auf die Anklagebank, dann werden sie verärgert und blocken ab. Ich bin mir jedoch sicher, dass die meisten dieser Chefs froh sind, Verbesserungsvorschläge zu erhalten. Darum glaube ich fest daran, dass es eine Chance ist, etwas Positives zu bewirken, wenn sich das Kompetenzzentrum noch mehr in diese Richtung entwickelt.

Warum sind Ihnen die Menschenrechte ein so wichtiges Anliegen?

Das Prinzip der «rule of law» war ein grosser zivilisatorischer Fortschritt, davon bin ich fest überzeugt. Es werden Regeln aufgestellt, die für alle gleich gelten. Zu diesem Fortschritt gehört auch, dass die herrschende Organisation oder Elite nicht

alles ist, sondern jedes Individuum einen Bereich hat, der rechtlich geschützt ist. Für mich sind dies zwei fundamentale Aspekte für eine Gesellschaft, damit diese einigermassen friedlich gedeihen kann. Zwei Drittel der Länder weltweit funktionieren aber immer noch in autoritären Strukturen. Wenn ich diese verschiedenen Möglichkeiten vergleiche, so bietet eine auf Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtsschutz abgestützte Gesellschaft dem Individuum viel mehr. Darum ist es so wichtig, dass man diese Errungenschaft sichert und verteidigt. Ich denke manchmal, dass die Schweizerinnen und Schweizer unterschätzen, was sie haben.

Gibt es zum Schluss noch etwas das Sie den Leserinnen und Lesern auf den Weg geben möchten?

Der Leistungsausweis des SKMR der vergangenen vier Jahre kann sich sehen lassen. Ich hoffe, dass der Bundesrat im Sommer entscheidet, dass der angefangene Weg weitergegangen und auf dem bisher Geschaffenen aufgebaut wird. Und dass er in einer nächsten Phase die ganze Sache konsolidiert und in eine zukunftsfähige Lösung hineinführt. Das ist die Aufgabe der Regierung. Dazu habe ich Vertrauen in die sieben Bundesrätinnen und Bundesräte.

Beirat des SKMR Im Beirat sind Persönlichkeiten aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Er trifft sich zwei Mal im Jahr und berät das Direktorium des SKMR zur strategischen Ausrichtung des Zentrums.

Die Mitglieder des Beirates per 31.12.2014: Hans Ambühl, Doris Angst (Vizepräsidentin), Liselotte Arni, Marius Beerli, Urs Bolz, Martine Brunschwig Graf, Wolfgang Bürgstein, Didier Chambovey, Eugen David (Präsident), Oskar Freysinger, Michele Galizia, Roy Garré, Ida Glanzmann-Hunkeler, Kurt Gysi, Ulrich E. Gut, Max Hofmann, Sandra Imhof, Elisabeth Keller, Samuel Lanz, Luzius Mader, Markus Mader, Sandra Maissen, Pierre Maudet, Walter Müller, Markus Notter, Alexandre Plassard, Thomas Pletscher, Ron Popper, Simone Prodolliet, Rosmarie Quadranti, Paul Rechsteiner, Luc Recordon, Manon Schick, Anne Seydoux-Christe, Luzi Stamm, Andy Tschümperlin, Geert van Dok, Dieter von Blarer, Alec von Graffenried, Claude Wild.
Beobachterin: Vreni Müller-Hemmi

Eugen David
Seit 2011 Präsident
des SKMR-Beirates /
1999–2011 Ständerat
des Kantons
St. Gallen (CVP) /
1987–1999 Nationalrat
/ Dr. iur., Rechtsanwalt



RÜCKBLICK AUF VIER JAHRE PILOTPROJEKT

Was hat das SKMR bisher getan? Wie haben sich die Aufträge entwickelt? Dazu einige Zahlen und Worte.

Das SKMR hat in den vergangenen vier Jahren in den Bereichen Migration, Polizei und Justiz, Geschlechterpolitik, institutionelle Fragen, Kinder- und Jugendpolitik, Menschenrechte und Wirtschaft sowie Menschenrechtsbildung zahlreiche Aktivitäten verfolgt. Für die Grundfinanzierung von 1 Mio. CHF pro Jahr erbrachte das Zentrum dem Bund verschiedenste Dienstleistungen in Form von Studien, Veranstaltungen und Information. Darüber hinaus erhielt das Zentrum zusätzliche Mandate von Behörden, Wirtschaft und Zivilgesellschaft und weiteren Institutionen.

Insgesamt hat das SKMR in den vergangenen vier Jahren 45 wissenschaftliche Studien, Gutachten und Evaluationen verfasst, 33 Veranstaltungen und 5 Weiterbildungskurse durchgeführt, mehrere Bücher und Broschüren veröffentlicht und rund ein Dutzend weitere Dienstleistungen erbracht. Ausserdem betreibt das SKMR eine Website und verschickt regelmässig einen an Praktikerinnen und Praktiker gerichteten elektronischen Newsletter, der inzwischen von rund 2700 Personen und Institutionen abonniert ist. 336 Newsletter-Beiträge zu nationalen und internationalen Menschenrechtsthemen wurden in den vergangenen vier Jahren verfasst.

Rückblick in Zahlen

- 5 Weiterbildungen
- 33 Veranstaltungen
- 45 Studien und Evaluationen
- 336 SKMR-Newsletter-Beiträge
- 2700 Newsletter-Abonnentinnen und -Abonnenten
- 632 000 Seitenaufrufe der SKMR-Website

Und zahlreiche weitere Aktivitäten und Dienstleistungen wie die App «Women's Human Rights» mit 4500 Downloads in 67 Ländern.

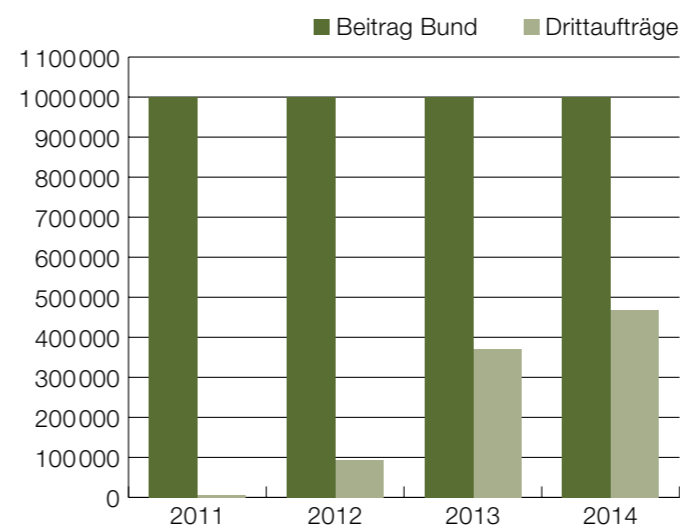
Zunehmende Nachfrage an Dienstleistungen des SKMR

Im Verlaufe der letzten vier Jahre konnte das SKMR eine zunehmende Nachfrage von Behörden, NGOs und der Wirtschaft an den Dienstleistungen verzeichnen. Ausserhalb der Aufträge aus der Grundfinanzierung erhielt das SKMR zwischen 2011 und 2014 rund 35 zusätzliche Mandate, deren Auftragsvolumen von 93 000 CHF im Jahr 2012 auf 468 000 CHF gestiegen ist. Die Grafik zeigt, dass damit das Auftragsvolumen durch zusätzliche Mandate im Jahr 2014 fast der Hälfte der Einnahmen aus der Grundfinanzierung entsprach.

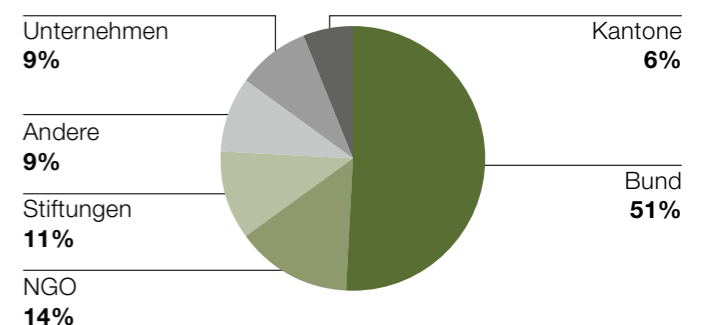
Rückblick in Worten

Immigration und der Westen: Mythen und Desinformationen in der öffentlichen Debatte über Migration; **Evaluation der Testphase** für die Neustrukturierung im Asylbereich; **Migration Geschlechtsspezifische Verfolgung** – die schweizerische Praxis vor dem Hintergrund der europäischen und globalen Entwicklungen; Vereinbarkeit von Nothilfe für Asylsuchende im Völker- und Verfassungsrecht?; **Menschenrechtliche Schranken bei der Zwangsausschaffung**; Genf oder Strassburg – Die Rechtsprechung des UNO-Menschenrechtsausschusses und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Vergleich; **Rechtsschutz gegen polizeiliche Übergriffe** – Eine Darstellung der Beschwerdemechanismen in der Schweiz; **Polizei und Justiz** Einzelhaft in **Hochsicherheitsabteilungen**: Menschenrechtliche Standards und ihre Umsetzung in der Schweiz; Die Anerkennung justiziabler Rechte im Bereich der **wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte**; Genitalverstümmelung von Frauen und Mädchen in der Schweiz, Überblick über rechtliche Bestimmungen, Kompetenzen und Behörden; **Geschlechterpolitik** Datenbank www.gleichstellungsgesetz.ch; Transmenschen in der Schweiz (Menschen-) Rechtliche Fragen zur Geschlechtsidentität: Selbstbestimmung oder Bevormundung? App «Women's Human Rights»; Umsetzung der Menschenrechte in der Schweiz – Eine Bestandesaufnahme im Bereich Kinder- und Jugendpolitik; Wege zu einer unabhängigen Überwachung der Kinderrechte in der Schweiz; Runder Tisch zur **Ratifizierung des dritten Fakultativprotokolls der UNO-Kinderrechtskonvention** durch die Schweiz; **Kinder- und Jugendpolitik** Die Umsetzung der Kinderrechte in der Schweiz aus der Sicht des neuen Staatenberichts und des NGO-Berichts; Vorstudie «Menschenrechte im Sozialwesen»; Die **Knabenbeschneidung** aus juristischer Sicht; Die Umsetzung internationaler Menschenrechtsempfehlungen im föderalistischen Staat, Perspektiven für das Follow-up zu den «Abschliessenden Bemerkungen» der UNO-Vertragsorgane in der Schweiz; **Institutionelle Fragen** OSZE-Selbstevaluation der Schweiz; Schweizer Recht bricht Völkerrecht? Szenarien eines Konfliktes mit dem Europarat im Falle eines beanspruchten Vorranges des Landesrechts vor der EMRK; Wirtschaft & Menschenrechte: Eine **spezifische Herausforderung für Anwaltskanzleien**; Klagen gegen Firmen wegen Menschenrechtsverletzungen – eine Auswahl internationaler Fälle; Sicherheit auf Kosten der Menschenrechte: Diskussion zur menschenrechtlichen Verantwortlichkeit privater Militär- und Sicherheitsfirmen **Menschenrechte und Wirtschaft** Massnahmen zur Senkung der Arbeitslosenquote von Migranten/-innen. Eine Fragestellung zwischen dem **Recht auf Arbeit und Diskriminierungsschutz**; Die Europäische Menschenrechtskonvention und ihre Bedeutung für die Schweiz – Eine Einführung für junge Menschen; **Menschenrechtsbildung** «Kompass» in der Schweiz – Menschenrechtsbildungsseminar für Jugendleiter/innen, Jugendarbeitende und Lehrpersonen; Menschenrechtsbildung für Angehörige der Polizei und Justizpersonal.

Auftragsvolumen: Grundfinanzierung und zusätzliche Mandate



Zusatzmandate nach Auftraggeber in Prozenten



Welche Behörden oder Institutionen haben beim SKMR Dienstleistungen nachgefragt? Die Grafik zeigt, dass die Hälfte der 35 Mandate ausserhalb der Grundfinanzierung von verschiedenen Bundesstellen erfolgte. Zu den Auftraggeberinnen und -gebern des SKMR gehören jedoch ebenso NGOs, Stiftungen, Kantone und Unternehmen.

NATIONALE MENSCHENRECHTSINSTITUTIONEN IN EUROPA

In Europa gibt es heute 32 Nationale Menschenrechtsinstitutionen, welche die Pariser Prinzipien vollständig oder teilweise erfüllen. Die Ausgestaltung dieser Institutionen ist jedoch sehr unterschiedlich.

Gewöhnlich werden drei Haupttypen von Nationalen Menschenrechtsinstitutionen (NMRI) unterschieden: Ombudsstellen, Kommissionen und Institute. In der Realität finden sich häufig Mischformen zwischen diesen Idealtypen. Unabhängig von ihrer Form erfüllen zurzeit 22 europäische NMRI die Pariser Prinzipien vollständig und sind entsprechend im A-Status akkreditiert. Zehn europäische NMRI erfüllen die Pariser Prinzipien teilweise und sind deshalb mit B-Status eingetragen.

Das Ombudsmodell

In Europa ist das Ombudsmodell am weitesten verbreitet. Menschenrechtlich orientierte Ombudsstellen haben vor allem die Aufgabe, gerechte Lösungen für Bürgerbeschwerden über Menschenrechtsverletzungen zu erarbeiten. Solche Ombudsstellen finden sich sowohl in Ost- und Südost-

europa (z. B. in Armenien, Kroatien, Polen) wie auch in Portugal und Spanien oder in Österreich.

Die österreichische Volksanwaltschaft, obwohl (noch) nicht mit A-Status zugelassen, ist ein interessanter Fall. Die gesellschaftlich gut verankerte Ombudsstelle für die öffentliche Verwaltung auf Bundes- und Länderebene wurde mit einem System von sechs regionalen Überwachungskommissionen für geschlossene Einrichtungen (z. B. Gefängnisse oder Pflegeheime) zur österreichischen NMRI verknüpft. Die Volksanwaltschaft soll der Bevölkerung bei Problemen mit Behörden helfen und ist für die Förderung der Menschenrechte in Österreich zuständig. Im Resultat ergibt dies eine gewichtige Institution mit 90 Vollzeitstellen, 48 nebenamtlichen Kommissionsmitgliedern und einem Jahresbudget von gut 10 Millionen Euro. 2013 gelangten über 19 000 Einzelbeschwerden an die Volksanwaltschaft. Diese führte im selben Jahr über 700 meist unangekündigte Kontrollen in Gefängnissen, Pflegeheimen, Spitälern, Polizeieinrichtungen, Kasernen und Psychiatrien durch.

Das Kommissionsmodell

Menschenrechtskommissionen sind vor allem im westlichen Europa ansässig: in England und Schottland, Irland und Nordirland, Frankreich und Luxemburg. Das Kommissionsmodell zeichnet sich durch

eine breite und pluralistische Vertretung unterschiedlicher gesellschaftlicher Milieus und Gruppen in der Trägerschaft und Leitung aus. In der Regel gehören Politikberatung und Monitoring im Bereich der Menschenrechte sowie Menschenrechtsbildung zu den zentralen Aufgaben solcher Kommissionen. Oft sind Diskriminierungsfragen ein Arbeitsschwerpunkt der Kommissionen. Deren Struktur und Arbeitsmethoden sind im Übrigen sehr unterschiedlich ausgestaltet.

Das Institutsmodell

In Europa verfügen etwa Dänemark, Deutschland und die Niederlande über Institute im Rang einer NMRI. Die Arbeit der Institute ist in der Regel stärker wissenschaftlich ausgerichtet, so dass die Information, Dokumentation, Forschung und Bildung sowie die Vernetzung mit den Universitäten einen grossen Stellenwert aufweist. Politikberatung und punktuelles Monitoring der Menschenrechtssituation sind auch bei diesem Typus wichtige Funktionen. Hinzu kommen Spezialitäten, welche in den je eigenen Arbeitszusammenhängen entwickelt wurden. So hat das Dänische Institut für Menschenrechte ein Beratungsangebot für transnationale Unternehmen aufgebaut, das weit über Dänemark hinaus genutzt wird. Und das Deutsche Institut für Menschenrechte hat nach der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention (BRK) durch Deutschland die zusätzliche Aufgabe übernommen, die Umsetzung der BRK als unabhängige, nationale Monitoringstelle zu überwachen, wie dies in der Konvention vorgesehen ist.

Ein aufschlussreiches Beispiel

Das Institutsmodell hat im Vergleich mit dem Kommissionsmodell den Vorteil der besseren Abgrenzung gegenüber der Regierung, sofern das Institut mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet und organisatorisch unabhängig ist. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, kann es zu Schwierigkeiten kommen, wie das Bei-

spiel des «Norwegian Centre for Human Rights» zeigt. Dieses ist Teil der Rechtsfakultät der Universität Oslo. Eine Evaluation beurteilte die Arbeit des Zentrums als NMRI kritisch, weil die akademische Freiheit einem klaren Eintreten für die Menschenrechte entgegenstehe. Die Folge davon sei das Fehlen von klaren Positionen und einer einheitlichen Stimme als Menschenrechtsinstitution.

Die Universität Oslo teilte diese Einschätzung und hat die beiden Funktionen der Wissenschaft und der NMRI gar als unvereinbar bezeichnet. Gegenwärtig laufen deshalb Bemühungen, das Menschenrechtszentrum organisatorisch von der Universität Oslo abzulösen.

Fazit

Jede NMRI ist eine Antwort auf besondere nationale Rahmenbedingungen, wobei die Pariser Prinzipien die allgemeinen Leitlinien vorgeben. Die idealtypische Unterscheidung von Ombudsstelle, Kommission und Institut bietet zwar eine Orientierung, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den verschiedenen europäischen NMRI zu erkennen. Doch ebenso wichtig für die Merkmale einer nationalen Menschenrechtsinstitution sind die länderspezifischen Ausdifferenzierungen, welche sich den je eigenen Voraussetzungen verdanken.

Warum ist das SKMR keine NMRI?

Eine Nationale Menschenrechtsinstitution muss nach den Pariser Prinzipien folgende Vorgaben erfüllen:

- gesetzliche Verankerung;
- umfassendes Mandat zur Förderung und zum Schutz aller Menschenrechte;
- ausreichende Infrastruktur und Finanzierung;
- institutionelle und reelle Unabhängigkeit von der Regierung;
- pluralistische Vertretung der gesellschaftlichen Kräfte;
- Zugänglichkeit für besonders verletzte Gruppen.

Das SKMR erfüllt diese Kriterien nicht: Das Zentrum wird nur auf Mandat hin aktiv und verfügt als universitäres Dienstleistungszentrum über keine gesetzliche Grundlage oder eigene Rechtspersönlichkeit. Damit fehlt es an der erforderlichen Unabhängigkeit.

Pariser Prinzipien

Die Pariser Prinzipien wurden 1992 von der damaligen UNO-Menschenrechtskommission verabschiedet und 1993 von der UNO-Generalversammlung ausdrücklich in einer Resolution zu NMRI begrüsst.

AKTIVITÄTEN 2014

Information, Beratung und Tagungen: Das SKMR unterstützt Behörden, die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft bei der Umsetzung der Menschenrechte in der Schweiz mit einer breiten Palette an Aktivitäten.

Aufgabe des SKMR ist es, verschiedene Akteure in der Schweiz bei der Umsetzung der internationalen Menschenrechtsverpflichtungen zu unterstützen und zu stärken. Das SKMR bietet dafür individuell angepasste Dienstleistungen in Form von Studien, Evaluationen, Gutachten, Seminaren, Panels und weiteren Aktivitäten an. Hier eine Übersicht der Publikationen und Veranstaltungen im Jahr 2014:

Publikationen 2014

Die folgenden Publikationen sind im vergangenen Jahr veröffentlicht worden und stehen auf der Website des SKMR (www.skmr.ch) zur Verfügung:

Geschlechtergleichstellung im Migrationskontext – Bevormundung oder Emanzipation?, 2014, 168 S.

Publikation der SKMR-Schriftenreihe zur aktuellen schweizerischen Migrationspolitik aus dem Blickwinkel der Geschlechterfrage mit einer Zusammenstellung von Artikeln, die auf Fragen zur weiblichen Migration in der Schweiz eingehen.

Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und ihre Bedeutung für die Schweiz, 2014, 44 S.

Eine Broschüre zur Einführung in die EMRK, die sich an Jugendliche (insbesondere ab Sekundarstufe II) und interessierte Personen richtet und einen kurzen und allgemein verständlichen Überblick bietet.

Die Regelung des Unterhalts nach Trennung oder Scheidung im Mangelfall – Hinweise aus menschenrechtlicher Sicht, 28. Januar 2014, 57 S.

Studie zu den Vorgaben, die sich aus den von der Schweiz anerkannten Grund- und Menschenrechten für eine rechtsgleiche bzw. geschlechter- und kindgerechte Unterhaltsregelung nach Trennung oder Scheidung ergeben.

Institutionelle Verankerung von LGBTI-Themen in der Schweiz – Umsetzung der Empfehlung CM/Rec(2010)5 des Ministerkomitees des Europarats, 19. Februar 2014, 75 S.

Studie zur Empfehlung des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten des Europarates über Massnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität.

Rechtsschutz gegen polizeiliche Übergriffe – Eine Darstellung der Beschwerdemechanismen in der Schweiz, 21. Februar 2014, 230 S.

Übersicht und Analyse zu den in den Kantonen bestehenden Mechanismen und Verfahren bei Beschwerden wegen polizeilichen Übergriffen.

Die Anerkennung justiziabler Rechte im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte durch das Bundes- und kantonale Recht, 21. Februar 2014, 85 S.

Studie zur Frage, ob und in welchem Umfang das schweizerische Landesrecht auf Bundes- und kantonaler Ebene in den durch die Garantien des UNO-Pakts I abgedeckten Bereichen einklagbare Rechte begründet.

Einzelhaft in Hochsicherheitsabteilungen – Menschenrechtliche Standards und ihre Umsetzung in der Schweiz, 31. März 2014, 78 S.

Gutachten zur Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen die Hochsicherheitshaft vor dem Verbot der unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung Bestand hat. Eine Untersuchung beruhend auf Interviews mit Verantwortlichen von Haftanstalten und mit besonderem Fokus auf die Ausgestaltung der Einzelhaft.

Prävention, Versorgung, Schutz und Intervention im Bereich der weiblichen Genitalbeschneidung (FGM/C) in der Schweiz, März 2014, 48 S.

Im Auftrag der Bundesämter für Gesundheit und Migration vom SKMR verfasste Studie, die gestützt auf ausführliche Konsultationen Empfehlungen ausarbeitet, wie Prävention, Versorgung, Schutz und Intervention im Bereich FGM/C in der Schweiz verbessert werden können.

Schweizer Recht bricht Völkerrecht? – Szenarien eines Konfliktes mit dem Europarat im Falle eines beanspruchten Vorranges des Landesrechts vor der EMRK, April 2014, 53 S.

Eine im Auftrag des Vereins «Menschenrechte schützen» verfasste Studie zu möglichen Konfliktszenarien mit dem Europarat, falls die EMRK in der Schweiz nicht mehr angewandt oder gekündigt würde.

Self-Evaluation OSCE Chairmanship, 24. Oktober 2014, 145 S.

Vom EDA im Rahmen der schweizerischen OSZE-Präsidentschaft in Auftrag gegebene Untersuchung der schweizerischen Umsetzung ausgewählter OSZE-Standards in den Bereichen (1) Wahlen; (2) Intoleranz und Hate Crimes; (3) Meinungsäusserungsfreiheit; (4) Menschenhandel; (5) Gender und Gleichstellung.

Veranstaltungen 2014

Staat und Religion – praxisrelevante Fragen, 19. März 2014, Freiburg

Abendveranstaltung zum Verhältnis von Staat und Religion mit Fokus auf die für Kantone und Gemeinden besonders bedeutsamen Bereiche der Schule und der Einbürgerung.

Menschenrechtsbildung und Schulfächer, 12. April 2014, Luzern

Unterstützung der Fachtagung des Zentrums für Menschenrechtsbildung der PH Luzern, die sich aktuellen Herausforderungen der schulischen Menschenrechtsbildung widmete und zahlreiche Workshops sowie einen Marktplatz umfasste.

Enfants, familles, État: Les droits de l'enfant en pérille?, 22.–23. Mai 2014, Sitten

Unterstützung der zweitägigen Veranstaltung des Partnerinstituts Kurt Bösch zu aktuellen Themen im Kontext der Kinderrechte wie die Schutzpflichten des Staates oder die Entwicklung des Familienbegriffs.

UN human rights treaty body reform: The outcome from a Swiss perspective, 19. August 2014, Bern

Publikumsveranstaltung zur Reform der UNO-Vertragsorgane und den Auswirkungen der neuen Massnahmen für das Berichterstattungsverfahren der Schweiz aus Sicht von Vertreterinnen und Vertretern von Bund und NGOs.

Die institutionelle Verankerung von LGBTI-Themen in der Schweiz, 31. Oktober 2014, Bern

Veranstaltung und Panel-Diskussion zu den Ergebnissen der SKMR-Studie und Vorstellung des nationalen LGBT-Aktionsplans von Belgien sowie der LGBTIQ-Stelle der Stadt Genf als zwei Good-Practice-Beispiele.

Weitere Aktivitäten 2014

Einige Beispiele:

- Gutachten zum Asylverfahren von zwei tamilischen Gesuchstellern;
- Weiterentwicklung der App zu Frauenmenschensrechten (www.womenshumanrights.ch);
- Evaluation zum Rechtsschutz im beschleunigten Asylverfahren des Bundes;
- Betreuung der Datenbank zum Gleichstellungsgesetz (www.gleichstellungsgesetz.ch);
- Untersuchung zum Zugang zur Justiz in Diskriminierungsfällen.

LGBTI-MENSCHEN: EINE VERNACHLÄSSIGTE MINDERHEIT?

SKMR-Studie: Für Angehörige sexueller Minderheiten (LGBTI-Menschen) bestehen in der Schweiz bis heute kaum spezialisierte staatliche Anlaufstellen.

Im Jahr 2010 verabschiedete das Ministerkomitee des Europarates eine Empfehlung (CM/Rec(2010)5), welche die Mitgliedstaaten dazu anhält, konkrete Massnahmen zur vollständigen Verwirklichung bereits bestehender Menschenrechtsverpflichtungen zugunsten von LGBTI-Menschen zu ergreifen. Lesbische, schwule und bisexuelle Menschen sowie Transmenschen seien «seit Jahrhunderten Homophobie, Transphobie und anderen Formen der Intoleranz und Diskriminierung, selbst in ihren Familien, einschliesslich Kriminalisierung, Marginalisierung, sozialer Ausgrenzung und Gewalt, aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität ausgesetzt». Die Regierungen, darunter auch die Schweiz, erklären in der Empfehlung auch, ihre Nationalen Menschenrechtsinstitutionen mit dem Mandat auszustatten, dass diesen gewährleistet, sich in ihrer Arbeit mit Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität zu befassen.

Fehlende institutionelle Verankerung

Die Schweiz hat auf Bundesebene verschiedene Institutionen eingerichtet, die sich um bestimmte von Diskriminierung betroffene Bevölkerungsgruppen kümmern. Zur Untersuchung, Prävention und Beseitigung der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, des Ausländerstatus, der Rasse oder der Religion, des (jugendlichen) Alters oder aufgrund einer Behinderung sind eidgenössische Kommissionen oder Fachstellen geschaffen worden. Wie die im Rahmen der SKMR-Studie durchgeführte Untersuchung aufzeigt, gibt es jedoch für Schwule, Lesben, Bisexuelle, Trans- und Intersex-Menschen weder auf Bundes- noch auf Kantonsebene entsprechende Institutionen. Einzig die Gemeinden Genf und Zürich haben kürzlich Anlaufstellen eingerichtet.

Die Umfrage des SKMR bei 77 potentiell mit LGBTI befassten staatlichen Stellen ergab, dass viele Behörden von LGBTI-Minderheiten angegangen werden und somit ein Bedürfnis nach offiziellen Anlaufstellen besteht. Insbesondere wegen Problemen im Zusammenhang mit Sicherheit und Schutz vor Gewalt, der Beeinträchtigungen der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit oder des Privat- und Familienlebens, wegen Gesundheitsfragen, wegen Fragen im Bereich Asyl und aufgrund von Mehrfachdiskriminierung

wenden sich die Menschen an behördliche Anlaufstellen. Diese sind allerdings in der Regel nicht mit einem offiziellen Mandat ausgestattet, sich mit solchen, für LGBTI-Menschen relevanten Fragen zu befassen. Auch haben diese Stellen keine entsprechenden Ressourcen für Beratungen und Massnahmen zur Verfügung. Die Umfrage ergab ausserdem, dass für die Mehrheit der Stellen Aktivitäten in Bezug auf LGBTI-Minderheiten nicht zu den strategischen Prioritäten gehören. Lediglich drei Bundesstellen gaben an, regelmässig mit der Thematik zu tun zu haben: die Abteilung für übertragbare Krankheiten des Bundesamtes für Gesundheit, das Staatssekretariat für Migration im Bereich Asyl und das Eidgenössische Amt für das Zivilstandswesen.

Fehlende Unterstützung für die Betroffenen

Eine weitere Erkenntnis der SKMR-Studie ist, dass in der Schweiz positive staatliche Massnahmen weitgehend fehlen, um das Diskriminierungsverbot gegenüber LGBTI-Menschen besser durchzusetzen. Beratung und Unterstützung bleibt grösstenteils nichtstaatlichen Organisationen überlassen. So kümmert sich zum Beispiel der Verein Regenbogenfamilien als Dachverband verschiedener LGBTI-Organisationen um die Interessen von LGBTI-Familien. Oder der Verein Transgender Network Switzerland berät Transmenschen. Freiwillige stellen den Betroffenen meist unentgeltlich ihr Know-how zur Verfügung, beraten sie in rechtlichen und sozialen Angelegenheiten, zum Beispiel bei Konflikten an der Arbeitsstelle aufgrund der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität, bei Änderung des Namens oder des Registergeschlechts, bei gesundheitlichen Problemen oder bei diskriminierenden Äusserungen («hate speech») und Gewalt. Gemäss den auf LGBTI-Themen spezialisierten Vertretern und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft fehlen vielen Behörden in der Regel das entsprechende Wissen und die nötige Unvoreingenommen-

heit, um auf die Probleme von LGBTI-Menschen adäquat einzugehen. Vor allem die Probleme der Trans- und Intersex-Menschen seien den wenigsten Behörden bewusst.

Ausblick

Insgesamt zeigt sich, dass auf offizieller Seite ein relativ geringes Bewusstsein und ein wenig gefestigter institutioneller Rahmen für LGBTI-Themen besteht. Um eine bessere Verankerung der Thematik zu erreichen, favorisiert eine Mehrheit der befragten Behörden die Angliederung der LGBTI-Thematik an eine bereits bestehende Stelle, wobei am häufigsten das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) genannt wurde. Ein Drittel der befragten Behörden befürwortete die Schaffung einer spezifischen, spezialisierten Stelle, zum Beispiel einer Fachstelle auf Bundesebene, die dem EBG oder generell dem Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) anzugliedern wäre.

Ähnlich äusserten sich interessierte und betroffene Behörden und die Vertreterinnen und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen an einem vom SKMR im Herbst 2014 durchgeführten Workshop. Es sei unumgänglich, klare Zuständigkeiten zu schaffen. Gewarnt wurde allerdings davor, die Thematik ohne eine Anpassung des Mandats und der Ressourcen einfach an bestehende Gleichstellungsstellen anzugliedern. Ein Blick über die Landesgrenze hinaus könnte dabei helfen, Ideen zu entwickeln, wie eine auf LGBTI-Themen spezialisierte Stelle in der Schweiz auszugestalten wäre.

Die Abkürzung LGBTI beschreibt verschiedene sexuelle Orientierungen oder Geschlechtsidentitäten und steht für die englischen Begriffe «lesbian», «gay», «bisexual», «transgender» und «intersex».

ZUR BEDEUTUNG DER MENSCHENRECHTE IN DER SOZIALHILFE

Das SKMR erarbeitete zusammen mit der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit einen Leitfaden für die Praxis.

In der Schweiz haben Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Kräften sichern können, Anspruch auf staatliche Hilfe und Unterstützung. Die Nothilfe und die Sozialhilfe sollen diesen Menschen ein Überleben in Würde ermöglichen, und dienen dadurch zugleich der Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte. Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen – so proklamiert es bereits die Präambel der Bundesverfassung.

Schutz von Schwachen versus Bekämpfung von «Sozialschmarotzern»

Obwohl im Grundsatz weiterhin unbestritten, ist die Sozialhilfe in den letzten Jahren immer stärker in die Kritik geraten. In der Öffentlichkeit wurden die zu hohen Ansätze für Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler moniert, die Medien berichteten in regelmässigen Abständen von einzelnen «Sozialschmarotzern» und die Gemeinden haben begonnen, Sozialinspektoren einzusetzen, um Missbräuche aufzudecken. Die Ausschaffungsinitiative von 2010 verankert ausserdem den missbräuchlichen Bezug von Sozialhilfeleistungen als Ausschaffungsgrund in der Verfassung.

Schwieriges Arbeitsumfeld

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die in der Sozialhilfe tätigen Behörden und Fachpersonen heute in einem schwierigen Umfeld arbeiten. Einerseits sehen sie sich mit einem stetig wachsenden gesellschaftlichen und politischen Erwartungs- und Legitimationsdruck konfrontiert: Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler sollen möglichst rasch wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden, die öffentlichen Ausgaben für die Sozialhilfe sollen gesenkt und Missbräuche bekämpft werden. Andererseits sind sich die meisten Sozialtätigen ihrer Verantwortung gegenüber den schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft bewusst und bemühen sich, ihre Dossiers trotz meist knappen Ressourcen möglichst angemessen und lösungsorientiert zu betreuen.

Heikle grundrechtliche Fragen

Kommt es zu Konflikten oder kooperieren die Sozialhilfebeziehenden nicht wie gewünscht mit den Behörden, sind Sozialtätige stark gefordert. Mit der Anordnung von Weisungen, Auflagen und Sanktionen verfügen sie zwar über Handlungsinstrumente, um eine Sozialhilfe beziehende Person zum korrekten Verhalten zu bewegen. Sie greifen damit aber regelmässig in grundrechtlich geschützte Positionen – wie die Privatsphäre oder die persönliche

Freiheit – ein, so dass sich schwierige und im Einzelnen oft umstrittene Fragen nach der rechtlichen Zulässigkeit stellen.

Dürfen Sozialhilfebezügler z. B. zu unqualifizierten Arbeiten wie Abfallsammeln, Strassen wischen und Parkpflege verpflichtet werden, um ihre Arbeitsbereitschaft zu testen? Darf man ihre Sozialhilfeleistungen kürzen oder sogar gänzlich einstellen, wenn sie sich weigern, an einem solchen Beschäftigungsprogramm teilzunehmen?

Dürfen auch Alleinerziehende zur Teilnahme an Arbeitsintegrationsprogrammen gezwungen werden oder gehen die Erziehungs- und Kinderbetreuungspflichten in jedem Fall vor?

Und darf eine Frau, die aus religiöser Überzeugung ein Kopftuch trägt, verpflichtet werden, dieses abzulegen, wenn sie dadurch ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erheblich steigern könnte?

Ein neuer Leitfaden für die Praxis

Eine frühere Untersuchung des SKMR und der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit bestätigte, dass sich viele Sozialtätige in Grund- und Menschenrechtsfragen unsicher fühlen. Ein neuer Leitfaden für Praktikerinnen und Praktiker, welcher die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit zusammen mit dem SKMR erarbeitet hat, will sich genau solcher Fragestellungen annehmen. Nach einem allgemeinen Teil, der in die Thematik einführt und die Grundlagen des Sozialhilferechts und des Grund- und Menschenrechtsschutzes in der Schweiz erklärt, enthält der rund 100-seitige Leitfaden viele Fallkonstellationen aus der Praxis. Hier wird Schritt für Schritt aufgezeigt, welche Grund- und Menschenrechte in den jeweiligen Konstellationen einschlägig sind und unter welchen Voraussetzungen sie eingeschränkt werden können. Sozialtätige finden darin viele praktische Handlungsempfehlungen, die ihnen im Alltag die Arbeit erleichtern sollen.

Ausblick

An Weiterbildungsveranstaltungen ab Herbst 2015 soll der Inhalt des Leitfadens Sozialtätigen praxisnah vermittelt werden. Zudem will das SKMR 2015 weitere grundrechtsrelevante Aspekte noch wissenschaftlich vertiefen: So etwa die Fragen, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Ausmass Kürzungen oder sogar die Streichung der Sozialhilfe rechtlich zulässig sind oder ob eine Verpflichtung zur Teilnahme an einem Eingliederungs- oder Beschäftigungsprogramm unter bestimmten Voraussetzungen gegen die Grundrechte verstossen kann.

Der Leitfaden «Grund- und Menschenrechte in der Sozialhilfe» wird im Mai 2015 auf der Website des SKMR als kostenloser Download veröffentlicht.

STRUKTUR UND FINANZEN

Das SKMR ist ein Netzwerk bestehender Universitätsinstitute und weiterer Partner. Finanziert wird es durch Bundesgelder und Einnahmen aus Aufträgen.

Das SKMR ist ein Netzwerk der Universitäten Bern, Freiburg, Neuenburg und Zürich sowie des Zentrums für Menschenrechtsbildung (ZMRB) der Pädagogischen Hochschule Luzern (PH Luzern), des Vereins Humanrights.ch/MERS und dem «Centre interfacultaire en droits de l'enfant» (CIDE) der Universität Genf (vormals Universitätsinstitut Kurt Bösch). Die Mitarbeitenden des SKMR, die nach Themenbereichen tätig sind, verteilen sich auf die verschiedenen Standorte der beteiligten Universitäten beziehungsweise Partnerinstitutionen.

Vertreterinnen und Vertreter dieser Partneruniversitäten und -institutionen bilden zusammen mit dem Direktor, Prof. Walter Kälin, das 12-köpfige **Direktorium**. Das Direktorium nimmt die Gesamtaufsicht des SKMR wahr und ist für die Qualität der Arbeit, das Arbeitsprogramm und das Budget verantwortlich.

In Fragen der strategischen Ausrichtung wird das SKMR von einem **Beirat** beraten, der zu diesem Zweck Empfehlungen an das Direktorium abgeben kann.

Der Beirat setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung, der Politik, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft zusammen.

Die **Geschäftsstelle** des SKMR koordiniert die Umsetzung der Projekte, organisiert den Informationsaustausch mit und zwischen den Akteuren und unterstützt die Themenbereiche und beteiligten Partnerinstitutionen in operativen Belangen. Die Geschäftsstelle ist an der Universität Bern angesiedelt und wird von der Geschäftsführerin Evelyne Sturm geleitet.

Wie wird das SKMR finanziert? Für die Dauer des Pilotprojekts erhält das SKMR eine jährliche **Grundfinanzierung** des Bundes, die vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) getragen wird. Die Grundfinanzierung beträgt pro Jahr 1 000 000 CHF (abzüglich Mehrwertsteuer). Für diese Grundfinanzierung erbringt das SKMR dem Bund im Rahmen einer jährlichen Leistungsvereinbarung Dienstleistungen in Form von Studien, Veranstaltungen und Informationsarbeit.

Daneben erwirtschaftet das SKMR aus Mandaten von Behörden, Nichtregierungsorganisationen oder der Privatwirtschaft **weitere Mittel**. Zudem stellen die Universitätskantone und Netzwerkpartnerinstitutionen die Infrastruktur zur Verfügung und Mitglieder des Direktoriums sind teilweise in erheblichem Umfang ehrenamtlich tätig.

Erfolgsrechnung 2014

Da wegen der frühzeitigen Drucklegung noch keine von der Revisionsstelle revidierte Erfolgsrechnung für 2014 vorlag, wird diese auf www.skmr.ch publiziert.

AUSBLICK

Ziele bis zum Abschluss des Pilotprojekts

Das Pilotprojekt «Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte» geht 2015 zu Ende. Auch in seinem letzten Jahr wird das SKMR wieder Behörden, Zivilgesellschaft und die Wirtschaft mit Studien, Evaluationen, Praxisleitfäden, Kurzgutachten, Dokumentationen, Seminaren, Informationsveranstaltungen, Newsletterbeiträgen, Broschüren und weiteren Aktivitäten bei der Umsetzung der Menschenrechte unterstützen.

So wird das SKMR zum Beispiel eine im Auftrag des Bundes verfasste Studie zur Umsetzung der menschenrechtlichen Verpflichtungen zum Schutz vor Diskriminierung abschliessen. Oder wir analysieren, wie kinderfreundlich die Justiz arbeitet, und verfassen eine Studie zum Recht auf Privatsphäre im digitalen Zeitalter und die damit verbundene Rolle von Unternehmen. Auch werden wir uns mit den menschenrechtlichen Standards in der fürsorglichen Unterbringung befassen. Geplant ist schliesslich, das Informationsangebot auszubauen und Fact Sheets zur Bedeutung der Menschenrechte für verschiedene Berufsgruppen (z. B. Medienschaffende, Anwältinnen und Anwälte, Lehrpersonen, Unternehmen) oder bestimmte Lebensbereiche (z. B. Religion) zu publizieren.

Das Jahr 2015 wird vom Entscheid über die Zukunft des SKMR geprägt sein. Anfangs Jahr nimmt ein vom Bund beauftragtes externes Unternehmen die Arbeit des SKMR der vergangenen vier Jahre unter die Lupe. Voraussichtlich im Frühling werden die Evaluatoren ihre Erkenntnisse

und Empfehlungen dem Bund präsentieren. Im Sommer dann dürfte der Bundesrat gestützt auf die Evaluation entscheiden, ob die Schweiz nach dem Pilotprojekt SKMR eine Nationale Menschenrechtsinstitution nach den Pariser Prinzipien erhalten soll und falls ja, wie diese auszugestalten ist. Wie immer der Entscheid ausfallen wird, steht eines fest: Die Pilotphase des SKMR wird Ende des Jahres ihren Abschluss finden.

Ende des Pilotprojektes SKMR 2015

Das SKMR ist ein vom Bundesrat bis Ende 2015 angelegtes Pilotprojekt. Nach einer Evaluation Anfang 2015 wird der Bund prüfen, ob das Zentrum in eine unabhängige Menschenrechtsinstitution umgewandelt werden soll, die den international gültigen Pariser Prinzipien entspricht.

RAPPORT ANNUEL

2014

Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH)

AVANT-PROPOS

Le projet pilote du CSDH se termine en 2015.
Il reviendra alors au Conseil fédéral de décider de la suite.
Une brève rétrospective s'impose.

Attentes

Lorsqu'en 2009, le Conseil fédéral décide de créer un centre de compétences en matière de droits humains ancré au niveau universitaire, il a certaines attentes. Le projet pilote prévu sur cinq ans doit apporter un soutien compétent et pragmatique au travail des autorités et à d'autres cercles d'acteurs. Le Centre doit notamment mettre à disposition un savoir, en matière de droits humains, orienté vers la pratique; documenter et analyser la situation des droits humains en Suisse; promouvoir l'échange systématique de savoir-faire et le dialogue; organiser des formations continues et développer des instruments de sensibilisation aux droits humains; mener des projets de recherche ainsi que des évaluations sur l'ampleur et la mise en œuvre concrète des normes en matières de droits humains dans la pratique. Une évaluation, ayant lieu début 2015, examine dans quelle mesure le Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH) a su répondre à ces attentes. Le but ici n'est pas d'anticiper les résultats de l'évaluation. Dans ce contexte, et après quatre ans d'existence, il semble néanmoins judicieux de faire une brève rétrospective sur les champs d'activité principaux du CSDH.

Champs d'activité

Compétences orientées vers la pratique et recherche: Les droits humains sont généralement formulés de manière abstraite. En même temps, ils octroient à toute personne des droits justiciables.

Ils revêtent donc une grande importance. Les praticiennes et praticiens ne sont cependant pas toujours au clair sur ce que cela signifie pour leur travail quotidien. Nous essayons, dans ce cadre, de trouver le bon équilibre pour les orienter vers les principes des droits humains tout en leur donnant des informations pertinentes pour la pratique. Le CSDH a été mandaté à plusieurs reprises pour identifier, dans différents domaines d'activité de l'État, les standards en matière de droits humains pertinents et pour les présenter de manière accessible pour la pratique (par exemple concernant les vols spéciaux ou la lutte contre les mutilations génitales féminines).

Documentation et analyse de la situation des droits humains en Suisse:

Il existait un besoin important d'information permettant d'avoir une vue d'ensemble, pour toute la Suisse, sur la mise en œuvre des droits humains. Cette tâche a constitué un point fort des activités du CSDH, qui s'y est consacré au travers de plusieurs projets durant ces quatre dernières années. Ainsi, les différents domaines dans lesquels la Suisse a reçu des critiques émanant des organes internationaux des droits humains sont identifiés de manière systématique dans les études de base publiées par le Centre en 2013. Celles-ci examinent la pertinence des critiques, les actions déjà entreprises par le législateur et les autorités et ce qu'il reste à faire. Nous avons procédé de façon semblable lorsqu'en 2011, en vue du deuxième Examen périodique universel (EPU) de la Suisse par le Conseil des droits de l'homme de l'ONU, le CSDH a été mandaté pour réaliser un bilan intermédiaire sur la mise

en œuvre des recommandations acceptées par le Conseil fédéral lors du premier EPU. Durant la présidence suisse de l'OSCE, en 2014, le CSDH a rédigé sur mandat du DFAE une auto-évaluation de la Suisse sur la mise en œuvre de différents standards de l'OSCE.

Échange systématique de savoir-faire et plateforme de dialogue:

Une série de colloques et de tables rondes a permis aux personnes intéressées d'échanger sur des problématiques actuelles relatives aux droits humains. Ainsi, des questions telles que la justiciabilité des droits économiques, sociaux et culturels et leur application par les tribunaux ou les conséquences possibles d'une reconnaissance du droit de recours auprès du Comité des droits de l'enfant de l'ONU ont pu être discutées par les acteurs concernés. Par ailleurs, le CSDH a participé au dialogue multipartite sur la mise en œuvre des lignes directrices de l'ONU dans le domaine de l'économie et des droits humains («principes de Ruggie»).

Formations continues et sensibilisation:

Dans des sociétés modernes et pluralistes telles que la Suisse, il est difficile d'aboutir à un consensus sur la signification que doivent revêtir différentes valeurs dans une situation concrète. Les droits humains reposent cependant essentiellement sur des valeurs. S'ils trouvent leur origine dans le droit constitutionnel national de divers États, ils sont aujourd'hui ancrés au niveau international. Ces éléments contribuent à ce que la protection internationale des droits humains ait sensiblement diminué en Suisse. Les formations et la sensibilisation en matière de droits humains est par conséquent plus importante que jamais. Dans ce domaine le CSDH a été actif par le biais de colloques et de publications adressés principalement aux autorités et aux organisations. Le CSDH a perçu une attente croissante à son égard pour un plus grand travail de communication auprès du public. Il reste à déterminer dans quelle mesure des institutions universitaires se prêtent à ce type de travail de communication.

Expériences

Le CSDH a déployé une riche palette d'activités sur ces quatre dernières années. Il ne répond cependant pas aux critères d'une institution indépendante en matière de droits humains au sens des Principes de Paris mais reste un centre de services. Par conséquent, ses champs d'activité ont été déterminés dans une large mesure par les mandats reçus. Le projet pilote a permis de récolter une expérience importante tant en ce qui concerne la nécessité d'avoir un centre, qu'au niveau de la structure et de la façon de travailler. Les cantons, par exemple, qui en Suisse sont les premiers responsables de la mise en œuvre des droits humains dans de nombreux domaines, ont été régulièrement en contact avec nous. Le potentiel de collaboration n'est cependant pas encore épuisé. L'échange avec la société civile a été efficace sur différents points mais pourrait encore être renforcé. Enfin, la relation du CSDH avec les commissions extraparlimentaires de la Confédération traitant de questions de droits humains mériterait d'être clarifiée. Malgré ces défis, le CSDH a continuellement développé son expertise et ses activités au cours de ces quatre dernières années et peut faire valoir un bilan de prestations diversifié et vaste.



Walter Kälin
Directeur du CSDH

ENTRETIEN AVEC LE PRÉSIDENT DU CONSEIL CONSULTATIF

Eugen David s'exprime sur le CSDH, sur le rôle d'une institution nationale des droits humains, sur la signification des droits humains et la nécessité de les protéger également en Suisse.

Eugen David
Depuis 2011 Président du Conseil consultatif du CSDH / 1999-2011 Conseiller aux États du canton de St-Gall (PDC) / 1987-1999 Conseiller national / Docteur en droit, avocat



CSDH: Il était clairement défini dès le départ que le CSDH serait une entreprise limitée dans le temps. Quel bilan en tirez-vous en tant que Président du Conseil consultatif?

Eugen David: Cela a été un processus de longue haleine avant même que le projet pilote puisse débiter. Il a été longuement discuté quelle forme pourrait prendre un tel projet. Finalement c'est l'idée d'un centre de compétence qui s'est imposée. Si je regarde en arrière, sur ces quatre dernières années, je pense que le CSDH a relativement bien su répondre au mandat qui lui a été donné. Il s'agit maintenant de continuer dans cette direction.

Que reste-t-il à faire par exemple?

Il me semble essentiel que durant la prochaine phase, c'est-à-dire après la fin du projet pilote en décembre 2015, l'on vise

à une consolidation. Le mandat assumé jusqu'ici pour un centre de compétence fournissant des prestations de service devrait être maintenu. Une structure consolidée est cependant nécessaire. J'espère donc que le Conseil fédéral mettra en place une base légale. Le mandat et les organismes responsables de l'institution devraient y être clairement définis. En plus des prestations de service, l'institution devrait également pouvoir mener un travail de fond de sa propre initiative. Elle ne devrait pas, en revanche, endosser de fonction juridique ou gouvernementale.

Il me semble par ailleurs important que le nombre d'organismes responsables soit élargi. Enfin, il faudrait considérer une nouvelle fois l'expérience emmagasinée par les institutions nationales dans des pays comparables à la Suisse. En fin de compte, nous créerons une institution suisse mais nous devrions observer les aspects positifs des institutions d'autres États et réfléchir à ce que nous pourrions en tirer.

Vous dites que nous devrions apprendre de l'expérience d'autres pays. En Norvège, par exemple, le rattachement de l'institution nationale pour les droits humains à une université a conduit à des difficultés. Comment évaluez-vous cela pour la Suisse?

L'indépendance de l'institution, telle que définie par les Principes de Paris, constitue un point crucial. Cela signifie par exemple que l'État n'intervient pas dans le contenu.

Je trouve en revanche que l'institution ne doit pas prendre directement part aux discussions politiques. Cela ne signifie pas que l'on ne puisse pas accepter un mandat venant d'un mandant qui défende déjà un certain point de vue. Lors de la réalisation des mandats, l'institution des droits humains doit cependant s'en tenir à des principes de recherche et les jugements de valeur doivent être clairement déclarés en tant que tels. Ce travail est toujours politique, dans le sens où les jugements de valeur sont inévitables. Il ne devrait cependant pas défendre un positionnement politique.

Une future institution ne devrait donc pas être une voix politique supplémentaire?

Exactement. Il s'agit moins de discuter des droits humains que d'améliorer des situations concrètes. Par exemple, si le Centre réalise une expertise sur le traitement de personnes âgées dans des institutions étatiques, les autorités concernées peuvent s'appuyer sur une base solide. Ce sont de petits pas plutôt qu'une critique bruyante qui aident le plus à renforcer les droits humains.

L'institution doit donc avant tout avoir une fonction de conseil?

Oui, et une fonction de motivation en mettant en avant des possibilités d'améliorations. Si l'on ne fait qu'accuser les responsables d'institutions publiques ou privées, ils risquent de réagir par la colère et de se bloquer. Je suis pourtant convaincu que la majorité de ces responsables sont contents de recevoir des propositions d'améliorations. C'est la raison pour laquelle je suis certain que le Centre de compétence peut avoir une influence positive s'il continue à se développer dans ce sens.

Pourquoi les droits humains sont-ils une préoccupation tellement importante pour vous à titre personnel?

Je suis profondément convaincu que la règle de droit («rule of law») représente une grande avancée pour la civilisation. On établit des règles qui sont valables pour toutes et tous. Le fait que l'organisation ou l'élite au pouvoir ne représente pas tout

mais que chaque individu dispose d'un domaine qui est protégé par la loi, fait partie de cette avancée. Ce sont là, deux aspects fondamentaux pour qu'une société puisse fonctionner de manière plus ou moins pacifique. Mondialement, deux tiers des pays fonctionnent encore selon des structures autoritaires. En comparant ces différentes possibilités, il m'apparaît qu'une société fondée sur l'État de droit et la protection des droits humains a bien plus à offrir à l'individu. C'est pourquoi il est si important de consolider et de défendre ces acquis. Je pense parfois que les Suissesses et les Suisses sous-estiment ce qu'ils ont.

Pour terminer, y a-t-il quelque chose que vous voudriez encore dire?

Le bilan des prestations fournies par le CSDH est considérable. J'espère que le Conseil fédéral décidera, en été, que la route empruntée doit être poursuivie et qu'il faut construire sur ce qui a été mis en place jusqu'ici. J'espère qu'il consolidera le tout dans une prochaine phase et conduira à une solution porteuse d'avenir. Cela relève de la responsabilité du gouvernement et pour cela j'ai confiance en lui.

Le Conseil consultatif du CSDH

Le Conseil consultatif est composé de représentantes et représentants de l'administration publique, des milieux politiques et de la société civile. Il se réunit deux fois par an et conseille le Directoire du CSDH sur l'orientation stratégique du Centre.

Au 31.12.2014, les membres du Conseil consultatif sont:
Hans Ambühl, Doris Angst (Vice-présidente), Liselotte Arni, Marius Beerli, Urs Bolz, Martine Brunschwig Graf, Wolfgang Bürgstein, Didier Chambove, Eugen David (Président), Oskar Freysinger, Michele Galizia, Roy Garré, Ida Glanzmann-Hunkeler, Kurt Gysi, Ulrich E. Gut, Max Hofmann, Sandra Imhof, Elisabeth Keller, Samuel Lanz, Luzius Mader, Markus Mader, Sandra Maissen, Pierre Maudet, Walter Müller, Markus Notter, Alexandre Plassard, Thomas Pletscher, Ron Popper, Simone Prodolliet, Rosmarie Quadranti, Paul Rechsteiner, Luc Recordon, Manon Schick, Anne Seydoux-Christe, Luzi Stamm, Andy Tschümperlin, Geert van Dok, Dieter von Blarer, Alec von Graffenried, Claude Wild. Observatrice: Vreni Müller-Hemmi

RÉTROSPECTIVE SUR QUATRE ANS DE PROJET PILOTE

Qu'a fait le CSDH jusqu'à ce jour? Comment se sont développés les mandats? Le point en quelques mots et quelques chiffres.

Durant ces quatre dernières années, le CSDH a effectué de nombreuses activités dans les domaines de la migration, de la police et de la justice, de la politique en matière de genre, des questions institutionnelles, de la politique de l'enfance et de la jeunesse, des droits humains et de l'économie ainsi que de la formation aux droits humains. En contrepartie du financement de base s'élevant à un million CHF par an, le Centre a réalisé diverses prestations pour la Confédération sous la forme d'études, d'événements et d'informations. Le Centre a en outre obtenu des mandats additionnels des autorités, de l'économie, de la société civile et d'autres institutions.

Dans l'ensemble, le CSDH a mené à bien 45 études scientifiques, expertises et évaluations, organisé 33 événements et 5 formations. Il a publié plusieurs livres et brochures et réalisé une douzaine d'autres prestations. Le CSDH entretient par ailleurs un site internet et diffuse régulièrement une newsletter électronique adressée aux praticiennes et praticiens. Actuellement près de 2700 personnes et institutions y sont abonnées. 336 contributions à la newsletter sur des thématiques en lien avec les droits humains au niveau national et international ont été rédigées au cours de ces quatre dernières années.

Rétrospective en chiffres

- 5 formations
- 33 événements
- 45 études et évaluations
- 336 contributions à la newsletter du CSDH
- 2700 personnes abonnées à la newsletter
- 632 000 consultations du site internet du CSDH

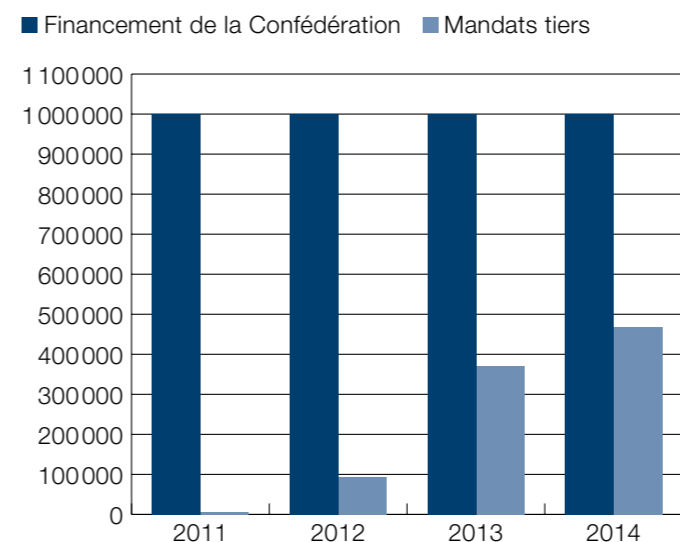
De nombreuses autres activités et prestations comme, par exemple, l'application «Women's Human Rights» avec plus de 4500 téléchargements dans 67 pays.

Demande croissante de prestations du CSDH

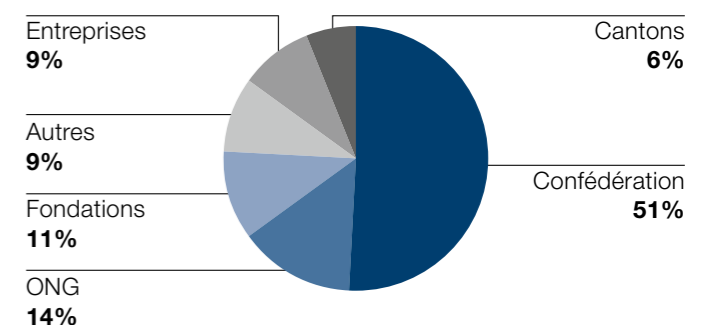
Au cours des quatre dernières années, le CSDH a pu constater une demande croissante de prestations émanant des autorités, des ONG et du secteur économique. Outre les mandats liés au financement de base, le CSDH a obtenu entre 2011 et 2014 près de 35 mandats additionnels dont le volume des recettes a augmenté de 93 000 CHF en 2012 à 468 000 CHF. La représentation graphique montre que le volume des recettes issues des mandats additionnels en 2014 équivaut quasiment à la moitié du financement de base.

Rétrospective en mots Immigration et Occident: mythes et désinformation dans le débat public sur la migration; **Évaluation de la phase de test** pour la restructuration du domaine de l'asile; **Migration** **Persécutions liées au genre** – la pratique suisse au regard des évolutions européennes et globales; Compatibilité de l'aide d'urgence pour les requérants d'asile dans le droit constitutionnel et le droit international?; **Renvois forcés et droits humains: quelles limites?**; Genève ou Strasbourg – Comparaison entre la jurisprudence du Comité des droits de l'homme de l'ONU et celle de la Cour européenne des droits de l'homme; La protection juridique contre les abus de la part de la police – Présentation des mécanismes de plainte possibles en Suisse; **Police et justice** La détention à l'isolement dans les **quartiers de haute sécurité**: standards de droits humains et leur mise en œuvre en Suisse; La reconnaissance de la justiciabilité des **droits économiques, sociaux et culturels** dans le droit fédéral et cantonal; **Politique genre** Banque de données www.gleichstellungsgesetz.ch; Personnes trans* en Suisse Questions de droits (humains) en matière d'identité de genre; «Women's Human Rights – App»; Mise en œuvre des droits humains en Suisse – État des lieux dans le domaine de la politique de l'enfance et de la jeunesse; Vers une surveillance indépendante des droits de l'enfant en Suisse; Table ronde sur la **ratification du troisième Protocole facultatif à la Convention relative aux droits de l'enfant** par la Suisse; **Politique de l'enfance et de la jeunesse** État de la mise en œuvre de la Convention des droits de l'enfant en Suisse du point de vue du nouveau rapport étatique et du rapport des ONG; Pré-étude «Les droits humains dans le travail social»; La **circconcision** d'un point de vue juridique; Mise en œuvre des recommandations internationales en matière de droits humains au sein d'un État fédéral: perspectives concernant le suivi des «Observations finales» formulées par les organes de traités de l'ONU en Suisse; **Questions institutionnelles** OSCE: auto-évaluation de la Suisse; Le droit suisse prime-t-il sur le droit international public? Scénario d'un conflit avec le Conseil de l'Europe dans le cas où serait revendiquée la primauté du droit interne suisse sur la CEDH; Économie et droits humains: un **défi particulier pour les cabinets d'avocats**; Actions en justice contre des entreprises pour violation des droits humains: une sélection d'affaires en cours dans d'autres pays; La sécurité au prix des droits humains? Débat sur la responsabilité des entreprises militaires et de sécurité privées dans le domaine des droits humains **Droits humains et économie** Mesures pour diminuer le taux de chômage des personnes immigrées. Une problématique entre **le droit au travail et la protection contre les discriminations**; La Convention européenne des droits de l'homme (CEDH) et son importance pour la Suisse – Une introduction destinée aux jeunes; **Formation aux droits humains** «Repères» en Suisse – Formation aux droits humains pour les animateurs et animatrices de jeunesse et le personnel enseignant; Formation aux droits humains pour les fonctionnaires de police et de la justice.

Volume des mandats: financement de base et mandats additionnels



Mandats additionnels par type de mandant en pourcentage



Quelles autorités ou institutions ont fait appel aux services du CSDH? La représentation graphique montre que la moitié des 35 mandats reçus hors du financement de base provient de différents services de la Confédération. Les ONG, fondations, cantons et entreprises font cependant également partie des mandants du CSDH.

INSTITUTIONS NATIONALES DES DROITS HUMAINS EN EUROPE

Il existe aujourd'hui, en Europe, 32 institutions nationales des droits humains répondant entièrement ou partiellement aux Principes de Paris. La forme de ces institutions est cependant très diverse.

Habituellement on distingue trois principales catégories d'institutions des droits humains: les services de l'ombudsman, les commissions et les instituts. Dans la réalité, ces trois modèles idéaux sont souvent mélangés. Indépendamment de leur forme, 22 institutions nationales des droits humains répondent aujourd'hui entièrement aux Principes de Paris et bénéficient donc du statut d'accréditation A. 10 autres institutions européennes remplissent partiellement les exigences de Principes de Paris et détiennent, par conséquent, le statut B.

Le modèle de l'ombudsman

Le modèle de l'ombudsman est le plus répandu en Europe. Les tâches centrales des médiateurs et médiatrices spécialisés dans les droits humains consistent à élaborer des solutions adéquates pour des plaintes citoyennes qui concernent des violations

des droits humains. On trouve de tels services en Europe de l'Est et du Sud-Est ainsi qu'au Portugal, en Espagne ou en Autriche.

Le Collège autrichien des médiateurs, bien qu'il ne soit pas (encore) accrédité avec le statut A, constitue un cas intéressant. Ce service de médiation pour l'administration publique au niveau fédéral ainsi qu'au niveau des États fédéraux connaît un bon ancrage social. Il est relié à l'institution nationale des droits humains par un système de six commissions régionales de surveillance pour des institutions fermées (p. ex. prisons et foyers). Le Collège est destiné à aider la population en cas de problème avec l'administration et a la responsabilité de promouvoir les droits humains en Autriche. L'institution comprend 90 postes à temps plein, 48 membres de commissions à temps partiel et un budget annuel de 10 millions €. En 2013, plus de 19000 plaintes individuelles ont été déposées auprès du Collège des médiateurs. Celui-ci a fait, dans la même année, plus de 700 contrôles généralement non-annoncés dans des prisons, des foyers, des hôpitaux, des postes de police, des casernes et des centres psychiatriques.

Le modèle de la commission

Les commissions des droits humains sont surtout répandues en Europe de l'Ouest: en Angleterre, Écosse, Irlande, Irlande du Nord, France et au Luxembourg. Le mo-

dèle est caractérisé par une composition large et pluraliste des organismes responsables et de la direction. Ceux-ci sont constitués de représentantes et représentants de différents milieux sociaux et groupes. En règle générale, le conseil politique, la surveillance en matière de droits humains et la formation aux droits humains font partie des tâches centrales de ces commissions. Souvent les questions de discrimination constituent un point crucial de leur travail. Leur structure et leurs méthodes de travail sont par ailleurs très différentes les unes des autres.

Le modèle de l'institut

En Europe, le Danemark, l'Allemagne et les Pays-Bas disposent d'instituts comptant au rang des institutions nationales des droits humains. Leur fonctionnement est généralement axé sur un travail scientifique. Ainsi, l'information, la documentation, la recherche, la formation et la mise en réseau avec les universités relèvent d'une grande importance pour ces structures. Le conseil politique et une surveillance ponctuelle de la situation des droits humains sont également des tâches centrales auxquelles s'ajoutent ensuite des spécialisations ayant été développées par le travail respectif de chaque institut. L'Institut danois des droits humains, par exemple, a développé un conseil pour des entreprises transnationales qui est sollicité au-delà du Danemark. L'institut allemand, quant à lui, endosse la tâche supplémentaire de surveiller la mise en œuvre de la Convention relative aux droits des personnes handicapées.

Un exemple instructif

Le modèle de l'institut présente l'avantage, par rapport à la commission, d'une meilleure délimitation avec le gouvernement dès lors qu'il est équipé d'une personnalité juridique propre et qu'il est indépendant du point de vue organisationnel. Sans ces prérequis, des difficultés peuvent surgir, tel que le montre l'exemple du «Norwegian

Centre for Human Rights». Celui-ci fait partie de la faculté de droit de l'Université d'Oslo. Une évaluation s'est montrée critique face au travail du Centre en tant qu'institution nationale des droits humains car la liberté académique se trouve en opposition avec un engagement net pour les droits humains. En conséquence, une position claire et une voix homogène en tant qu'institution nationale font défaut.

L'Université d'Oslo partage cette opinion et estime que les deux fonctions, de la recherche et de l'institution nationale des droits humains, ne sont pas compatibles. Des efforts sont actuellement déployés afin de détacher, d'un point de vue organisationnel, le Centre de l'Université d'Oslo.

Conclusion

Si les Principes de Paris donnent les lignes directrices générales, chaque institution nationale des droits humains répond à des conditions cadre spécifiques qui varient d'un pays à l'autre. La catégorisation des différentes institutions en modèles donne une orientation afin de pouvoir faire ressortir les éléments qui les différencient ou les relient. Les spécificités de chacune sont cependant importantes aussi.

Pourquoi le CSDH n'est pas une intuition nationale des droits humains? Selon les Principes de Paris, une institution nationale des droits humains doit répondre aux exigences suivantes:

- ancrage juridique;
- mandat aussi étendu que possible pour la protection et la promotion des droits humains;
- infrastructure et financement suffisants;
- indépendance institutionnelle et réelle;
- représentation pluraliste des forces sociales;
- accessibilité pour des groupes de la population particulièrement vulnérables.

Le CSDH ne remplit pas ces critères: Le Centre n'est actif qu'en réponse à des mandats qu'on lui attribue. En tant que centre de service universitaire, il ne dispose d'aucune base légale et n'a pas de personnalité juridique propre. Par conséquent, l'indépendance requise fait défaut.

ACTIVITÉS 2014

Information, conseil, colloques: le CSDH soutient les autorités, la société civile et l'économie dans la mise en œuvre des droits humains en Suisse par un large éventail d'activités.

Le travail du CSDH consiste à renforcer et à soutenir les différents acteurs dans la mise en œuvre des obligations internationales de la Suisse en matière de droits humains. À cet effet, le CSDH offre des prestations sous forme d'études, d'évaluations, d'expertises, de séminaires, de panels de discussion et d'autres activités adaptées individuellement. Voici une vue d'ensemble des publications et des événements réalisés durant l'année 2014:

Publications 2014

Les publications suivantes ont été éditées en 2014 et sont accessibles sur le site internet du CSDH (www.csdh.ch):

Geschlechtergleichstellung im Migrationskontext – Bevormundung oder Emanzipation?, 2014, 168 p.

Publication dans la collection du CSDH sur la politique migratoire actuelle du point de vue des questions de genre et comprenant un ensemble d'articles sur la question de la migration féminine en Suisse.

La Convention européenne des droits de l'homme (CEDH) et son importance pour la Suisse, 2014, 44 p.

Brochure d'introduction à la CEDH adressée aux jeunes (plus particulièrement dès le secondaire II) et aux personnes intéressées, offrant un bref aperçu général sur le sujet.

Die Regelung des Unterhalts nach Trennung oder Scheidung im Mangelfall – Hinweise aus menschenrechtlicher Sicht, 28 janvier 2014, 57 p.

Étude sur les exigences que posent les droits humains et fondamentaux à la Suisse et qui la contraignent à instaurer une réglementation équitable (pour l'enfant, la mère et le père) en matière de contribution d'entretien après une séparation ou un divorce.

Institutionelle Verankerung von LGBTI-Themen in der Schweiz – Umsetzung der Empfehlung CM/Rec(2010)5 des Ministerkomitees des Europarats, 19 février 2014, 75 p.

Étude sur la recommandation du Comité des Ministres aux États-membres du Conseil de l'Europe concernant les mesures de lutte contre la discrimination fondée sur l'orientation sexuelle ou l'identité de genre.

La protection juridique contre les abus de la part de la police – présentation des mécanismes de plainte possibles en Suisse, 21 février 2014, 105 p.

Vue d'ensemble et analyse des mécanismes et procédures existant dans les cantons lors de plaintes pour abus de la part de la police.

Die Anerkennung justiziabler Rechte im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte durch das Bundes- und kantonale Recht, 21 février 2014, 85 p.

Étude se penchant sur la question de savoir si, et dans quelle mesure, le droit national suisse garantit des droits justiciables aux niveaux fédéral et cantonal dans les domaines couverts par le Pacte I.

Einzelhaft in Hochsicherheitsabteilungen – Menschenrechtliche Standards und ihre Umsetzung in der Schweiz, 31 mars 2014, 78 p.

Expertise qui examine si, et dans quelles circonstances, la détention en haute sécurité est compatible avec l'interdiction des traitements inhumains et dégradants. Cette analyse se fonde sur des entretiens avec des responsables d'institutions de détention et met l'accent sur les conditions de l'isolement carcéral.

Prévention, soins, protection et intervention dans le domaine des mutilations génitales féminines/excision en Suisse: recommandations et bonnes pratiques, mars 2014, 34 p.

Sur mandat des Offices fédéraux de la santé publique et des migrations, le CSDH a rédigé une étude se fondant sur des consultations approfondies d'expertes et d'experts et proposant des recommandations pour l'amélioration de la prévention, des soins, de la protection et de l'intervention dans le domaine des MGF/E en Suisse.

Schweizer Recht bricht Völkerrecht? – Szenarien eines Konfliktes mit dem Europarat im Falle eines beanspruchten Vorranges des Landesrechts vor der EMRK, avril 2014, 53 p.

Étude mandatée par l'association «Défendre les droits humains» présentant les scénarii de conflit possibles avec le Conseil de l'Europe si la Suisse décidait de ne plus appliquer, ou de résilier, la CEDH.

Self-Evaluation OSCE Chairmanship, 24 octobre 2014, 145 p.

Examen mandaté par le DFAE dans le cadre de la présidence Suisse de l'OSCE. L'examen se penche sur la mise en œuvre de certains standards de l'OSCE dans les domaines (1) des élections; (2) de l'intolérance et des crimes de haine; (3) de la liberté d'expression; (4) de la traite des êtres humains; (5) du genre et de l'égalité.

Évènements 2014

Staat und Religion – praxisrelevante Fragen, 19 mars 2014, Fribourg

Évènement sur la relation entre État et religion avec un accent mis sur les domaines particulièrement importants pour les cantons et les communes que sont l'école et la naturalisation.

Menschenrechtsbildung und Schulfächer, 12 avril 2014, Lucerne

Soutien au colloque scientifique du Centre pour la formation aux droits humains de la HEP Lucerne se consacrant aux défis actuels de la formation en droits humains dans le cadre scolaire et comprenant différents workshops ainsi qu'une plateforme d'échange.

Enfants, familles, État: Les droits de l'enfant en péril?, 22 et 23 mai 2014, Sion

Soutien au colloque international de l'Institut partenaire Kurt Bösch tenu sur deux jours sur les sujets actuels dans le cadre des droits de l'enfant, tels que le devoir de protection de l'État ou l'évolution de la notion de famille.

UN human rights treaty body reform: The outcome from a Swiss perspective, 19 août 2014, Berne

Évènement public sur la réforme des organes de traités de l'ONU et sur les effets des nouvelles mesures pour la préparation des rapports étatiques de la Suisse du point de vue des représentantes et représentants de la Confédération et des ONG.

Ancrage institutionnel des thématiques LGBTI en Suisse, 31 octobre 2014, Berne

Évènement et panel de discussion sur les résultats de l'étude du CSDH. Présentation du plan d'action national LGBT de la Belgique ainsi que du service LGBTIQ de la Ville de Genève en tant qu'exemples de bonne pratique.

Autres activités 2014

Quelques exemples:

- Expertise sur la procédure de deux requérants d'asile tamoules;
- Développement de l'application sur les droits des femmes (www.womenshumanrights.ch);
- Évaluation de la protection juridique dans le cadre de procédures d'asile accélérées de la Confédération;
- Gestion de la banque de données de la loi sur l'égalité (www.gleichstellungsgesetz.ch);
- Examen de l'accès à la justice en cas de discrimination.

PERSONNES LGBTI: UNE MINORITÉ NÉGLIGÉE?

Étude du CSDH: les personnes appartenant à une minorité sexuelle (personnes LGBTI) ne peuvent compter, jusqu'à ce jour, sur aucun service ou aucune institution étatique spécialisés.

En 2010, le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe a adopté une recommandation (CM/Rec(2010)5) incitant les États-membres à mettre en œuvre des mesures concrètes pour répondre aux obligations en matière de droits humains existant en faveur des personnes LGBTI. Les personnes lesbiennes, gays, bisexuelles transgenre et intersexes «ont été sujets pendant plusieurs siècles, et le sont toujours, à l'homophobie, à la transphobie et à d'autres formes d'intolérance et de discrimination, même au sein de leurs familles – y compris à la criminalisation, la marginalisation, l'exclusion sociale et la violence – en raison de leur orientation sexuelle ou de leur identité de genre». Dans la recommandation, les gouvernements, dont la Suisse, déclarent doter leur institution nationale des droits humains d'un mandat qui leur permette, dans le cadre de leur travail, de traiter de la discrimination fondée sur l'orientation sexuelle et de l'identité de genre.

Un ancrage institutionnel manquant

Sur le plan fédéral, la Suisse s'est dotée de différentes institutions s'attachant à la question de la discrimination pour divers groupes de la population. Des commissions fédérales ou des services spécialisés ont été mis sur pied pour l'examen, la prévention et la lutte contre la discrimination fondée sur le genre, le statut d'étranger, la race, la religion, l'âge (adolescent) ou un handicap. L'examen mené dans le cadre de l'étude du CSDH démontre que les personnes LGBTI ne disposent d'aucune institution spécialisée ni au niveau cantonal ni au niveau fédéral. Seules les communes de Genève et de Zurich ont récemment établi des services spécialisés.

Il ressort du sondage mené par le CSDH auprès de 77 services étatiques s'occupant potentiellement de la thématique LGBTI, que de nombreuses autorités sont approchées par des personnes LGBTI et qu'il existe donc un besoin de mettre sur pied des services officiels. Les personnes s'adressent aux autorités notamment pour des problèmes liés à la sécurité et à la protection face à la violence, pour atteinte à la liberté d'association et de réunion ou pour atteinte à la vie privée et familiale, pour des questions de santé, des questions touchant au domaine de l'asile ou en raison de discriminations multiples. Généralement, les autorités ne

sont cependant pas pourvues d'un mandat officiel leur permettant d'aborder les questions pertinentes pour les personnes LGBTI et ne disposent pas des ressources nécessaires pour exercer une fonction de conseil ou pour mettre en place des mesures. Lors du sondage, il est en outre ressorti que, pour la majorité des services, les activités en lien avec les minorités LGBTI ne comptaient pas parmi les priorités stratégiques. Trois services fédéraux, seulement, ont indiqué traiter régulièrement de la thématique: la division Maladies transmissibles de l'Office fédéral de la santé publique, le Secrétariat d'État aux migrations dans le domaine de l'asile et l'Office fédéral de l'état civil.

Un manque de soutien pour les personnes concernées

L'étude du CSDH montre par ailleurs que les mesures pour bien mettre en œuvre l'interdiction des discriminations envers des personnes LGBTI font défaut. La fonction de conseil et de soutien est majoritairement laissée à la responsabilité des organisations non gouvernementales. Ainsi, en tant qu'association faîtière de différentes organisations, l'association Familles arc-en-ciel se consacre aux intérêts des familles LGBTI. Quant à l'association Transgender Network Switzerland, elle conseille les personnes trans. Souvent, des bénévoles mettent gratuitement leur savoir-faire à disposition des personnes concernées et apportent leurs conseils sur des questions juridiques ou sociales: lors de conflits liés à l'orientation sexuelle ou à l'identité de genre sur le lieu de travail, lors d'un changement de nom ou d'état civil, lors de problèmes de santé, de propos discriminants («hate speech») ou de violence, par exemple. Selon les représentantes et représentants de la société civile spécialisés sur les thématiques LGBTI, le savoir ainsi que l'impartialité nécessaires manquent généralement chez la plupart des autorités pour qu'elles puissent répondre de manière adéquate aux pro-

blèmes des personnes LGBTI. Les autorités sont particulièrement peu au fait des problèmes rencontrés par les personnes trans et intersexes.

Perspectives

Dans l'ensemble, on constate une conscience des problématiques LGBTI relativement faible au niveau officiel et un cadre institutionnel peu établi. Afin de parvenir à un meilleur ancrage de la thématique en Suisse, la majorité des autorités interrogées favoriseraient un rattachement à un service déjà existant. Le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes (BFEG) est le service qui a été le plus souvent évoqué. Un tiers des autorités interrogées soutient la création d'un centre de compétence spécialisé dans le domaine LGBTI qui serait, par exemple, affilié au niveau fédéral au BFEG ou plus généralement au Département fédéral de l'intérieur (DFI).

Lors d'un workshop organisé par le CSDH en automne 2014, les représentantes et représentants des ONG ont fait des commentaires allant dans le même sens. Ils ont précisé qu'il est nécessaire de définir clairement des responsabilités et ont mis en garde contre un simple rattachement de la thématique LGBTI aux services de l'égalité déjà existants sans adaptation des mandats et des ressources. Lors du workshop, il a également été souligné qu'une comparaison avec d'autres pays peut apporter une aide pour développer des idées quant aux aménagements possibles de services spécialisés sur les problématiques LGBTI en Suisse.

L'abréviation LGBTI décrit différentes orientations sexuelles et identités de genre. Elle renvoie aux termes anglais «lesbian», «gay», «bisexual», «transgender» et «intersex».

SIGNIFICATION DES DROITS HUMAINS DANS L'AIDE SOCIALE

En collaboration avec la Haute école spécialisée en travail social de Lucerne le CSDH a élaboré un guide pratique.

En Suisse, les personnes ne pouvant subvenir elles-mêmes à leur entretien ont droit à une aide et au soutien de l'État. L'aide d'urgence et l'aide sociale doivent permettre à ces personnes de survivre dans la dignité et concrétisent, par-là même, le respect des droits fondamentaux et des droits humains. Tel que le proclame le préambule de la Constitution fédérale, la force de la communauté se mesure au bien-être du plus faible de ses membres.

Protection des faibles versus lutte contre les abus du système social

Bien qu'elle ne soit pas remise en question sur le principe, l'aide sociale a été de plus en plus fortement critiquée ces dernières années. Des montants supposément trop élevés perçus par les bénéficiaires de l'aide sociale ont été dénoncés publiquement, les médias ont régulièrement fait état de «profiteurs de l'aide sociale» et les communes ont commencé à engager des inspectrices et des inspecteurs sociaux afin de mettre à jour des abus. L'initiative sur le renvoi des criminels étrangers de 2010 a en outre introduit dans la Constitution la perception abusive des prestations des assurances sociales et de l'aide sociale comme raison pouvant justifier un renvoi.

Un contexte de travail difficile

Il ressort clairement de ce contexte que les autorités et les professionnels actifs dans le domaine de l'aide sociale agissent dans un cadre de travail difficile. Ils se voient, d'une part, confrontés à des attentes et à une pression en termes de légitimations politiques et sociales de plus en plus marquées: les bénéficiaires de l'aide sociale doivent être réintégrés sur le marché du travail le plus rapidement possible, les dépenses publiques pour l'aide sociale doivent être réduites, les abus doivent être combattus. D'un autre côté, la plupart des travailleuses et travailleurs sociaux sont conscients de leur responsabilité face aux membres les plus faibles de la société. Ils s'efforcent de traiter les dossiers de la manière la plus adaptée possible malgré des ressources souvent limitées.

Des questions sensibles du point de vue des droits fondamentaux

Lorsque surgissent des conflits ou lorsque les bénéficiaires de l'aide sociale ne coopèrent pas convenablement avec les autorités, les travailleuses et travailleurs sociaux sont mis à l'épreuve. Grâce aux directives, aux obligations et aux sanctions, ils disposent d'instruments pour inciter les bénéficiaires à adopter un comportement correct. Ce faisant, ils interviennent cependant régulièrement dans des domaines protégés

par les droits fondamentaux tels que la sphère privée ou la liberté personnelle. Ainsi, se posent souvent des questions complexes, et parfois controversées, autour de l'admissibilité juridique de ces mesures.

Les bénéficiaires de l'aide sociale peuvent-ils, par exemple, être contraints à un travail non-qualifié tel que le ramassage des déchets, le balayage des rues ou l'entretien des parcs afin de tester leur disposition au travail? Peut-on réduire leurs prestations sociales ou même les suspendre s'ils refusent de participer à de tels programmes d'emploi?

Peut-on exiger des parents élevant seuls leurs enfants de suivre des programmes de réinsertion professionnelle ou les responsabilités éducatives et de garde des enfants sont-elles toujours prioritaires?

Et une femme portant le voile par conviction religieuse peut-elle être contrainte à l'enlever si cela augmente de manière considérable ses chances sur le marché du travail?

Un nouveau guide pour la pratique

Une précédente analyse du CSDH et de la Haute école de travail social de Lucerne avait confirmé que de nombreuses personnes actives dans le domaine du travail social se sentent incertaines face à des questions relatives aux droits fondamentaux et aux droits humains. Le guide élaboré par la Haute école en collaboration avec le CSDH est consacré précisément à ces problématiques. Après une introduction générale à la thématique et une explication des bases du droit social et de la protection des droits fondamentaux et humains en Suisse, le guide expose sur près de 100 pages de nombreux cas pratiques. Ainsi il est expliqué de manière détaillée quels sont les droits fondamentaux et humains pertinents selon les situations et dans quelles circonstances ils peuvent être limités. Les personnes travaillant dans le domaine social trouveront une multitude de recommandations pratiques destinées à les aider dans leur travail quotidien.

Perspectives

Le contenu du guide sera présenté aux travailleuses et travailleurs sociaux lors de journées de formations continues en automne 2015. Le CSDH prévoit, par ailleurs, d'approfondir la recherche sur d'autres aspects relatifs aux droits fondamentaux en 2015: notamment la question de savoir si, et à quelles conditions préalables, une diminution ou même une suppression de l'aide sociale est juridiquement admissible ou si une obligation de participer à un programme de réinsertion ou d'emploi peut, à certaines conditions, aller à l'encontre des droits fondamentaux.

Le guide «Grund- und Menschenrechte in der Sozialhilfe» sera publié en allemand sur le site internet du CSDH en mai 2015. Il pourra être téléchargé gratuitement.

STRUCTURE ET FINANCES

Le CSDH est un réseau d'instituts universitaires et d'autres institutions partenaires. Il est financé par la Confédération et par des recettes provenant de mandats.

Le CSDH est un réseau constitué par les Universités de Berne, Fribourg, Neuchâtel et Zurich ainsi que par le Centre pour la formation aux droits humains (ZMRB) de la Haute école pédagogique de Lucerne (PH Luzern), l'association Humanrights.ch/MERS et le Centre interfacultaire en droits de l'enfant (CIDE) de l'Université de Genève (anciennement l'Institut Universitaire Kurt Bösch). Les collaboratrices et collaborateurs du CSDH travaillant pour les domaines thématiques sont répartis dans les différents emplacements des Universités et institutions partenaires.

Les représentants et représentantes des Universités et institutions partenaires constituent avec le directeur, le Prof. Walter Kälin, les 12 membres du **Directoire**. Le Directoire assume la supervision du CSDH et est responsable de la qualité du travail fourni, du programme de travail ainsi que du budget.

Le CSDH est conseillé dans son orientation stratégique par un **Conseil consultatif** qui peut adresser des recom-

mandations au Directoire. Le Conseil consultatif est composé de représentants et représentantes de l'administration publique, des milieux politiques et de la société civile.

Le **Secrétariat général** du CSDH coordonne la mise en œuvre des projets, organise l'échange d'information entre les différents acteurs, et soutient les domaines thématiques et les institutions partenaires dans les questions opérationnelles. Le Secrétariat général est affilié à l'Université de Berne. Il est géré par la directrice administrative Evelyne Sturm.

Comment le CSDH est-il financé? Pour la durée du projet pilote, le CSDH obtient un **financement de base** de la Confédération au travers du Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) et du Département fédéral de justice et police (DFJP). Le financement de base s'élève par année à un million CHF (avant déduction de la TVA). En contrepartie, le CSDH fournit à la Confédération des prestations – sous forme d'études, d'événements ou d'un travail d'information – définies annuellement dans le cadre d'un contrat de prestations.

Le CSDH produit des **recettes supplémentaires** par la réalisation de mandats pour des autorités publiques, des ONG ou pour le secteur de l'économie privée. Par ailleurs, les cantons universitaires et les institutions partenaires du réseau du CSDH mettent à disposition les infrastructures. Les membres du Directoire contribuent, parfois de manière importante, bénévolement aux activités du CSDH.

Compte de résultat 2014

En raison de l'impression anticipée du présent rapport, le compte de résultat 2014 contrôlé par l'organe de révision n'est pas encore disponible. Il sera publié sur le site internet du Centre: www.csdh.ch

PERSPECTIVES

Objectifs jusqu'à la fin du projet pilote

Le projet pilote «Centre suisse de compétence pour les droits humains» se termine en 2015. Durant sa dernière année, le CSDH continuera à soutenir les autorités, la société civile et le secteur de l'économie dans la mise en œuvre des droits humains par le biais d'études, d'évaluations, de guides pratiques, d'expertises, de documentations, de séminaires, d'événements, d'information, d'articles publiés dans sa newsletter, de brochures et d'autres activités.

Le CSDH achèvera notamment une étude réalisée sur mandat de la Confédération portant sur la mise en œuvre des obligations en matière de droits humains dans le domaine de la protection contre la discrimination. Il analysera également dans quelle mesure la justice travaille de manière adaptée aux enfants et une étude sur le droit à la sphère privée dans l'ère numérique et le rôle des entreprises dans ce contexte sera rédigée. Par ailleurs, les standards en matière de droits humains dans le cadre de placement à des fins d'assistance seront analysés. Enfin, il est prévu d'étendre l'offre d'information et de publier des factsheets portant sur l'importance et la signification des droits humains pour différents groupes professionnels (p. ex. les journalistes, les avocats et avocates, les enseignants et enseignantes, les entreprises) ou concernant des domaines de la vie (p. ex. la religion).

L'année 2015 sera marquée par la décision du Conseil fédéral concernant l'avenir du CSDH. Une société externe mandatée par la Confédération examinera, en début

d'année, le travail fourni par le Centre sur ces quatre dernières années. La société mandatée présentera ses résultats et ses recommandations à la Confédération au printemps. En été, le Conseil fédéral devra décider, à l'aide du rapport d'évaluation, si la Suisse doit être dotée d'une institution nationale des droits humains selon les Principes de Paris après la fin du projet pilote CSDH et cas échéant, la manière dont celle-ci doit être mise en place. Quelle que soit l'issue de la décision du Conseil fédéral, une chose est sûre: la phase pilote du CSDH s'achèvera à la fin de l'année 2015.

Fin du projet pilote CSDH en 2015

Le CSDH est un projet pilote initié par le Conseil fédéral qui durera jusqu'à fin 2015. Suite à une évaluation au début de l'année 2015, la Confédération examinera si le Centre doit être transformé en une institution nationale des droits humains indépendante qui réponde aux Principes de Paris reconnus au niveau international.

RAPPORTO ANNUALE

2014

Centro svizzero di competenza per i diritti umani (CSDU)

PREFAZIONE

Nel 2015 si concluderà il progetto pilota CSDU e il Consiglio federale dovrà deciderne le sorti. Motivo sufficiente per una breve retrospettiva.

Aspettative

Quando, nel 2009, decise di creare un centro di competenza universitario per i diritti umani, il Consiglio federale si aspettava che il progetto pilota quinquennale lanciato a tale scopo avrebbe coadiuvato con competenza e pragmatismo il lavoro svolto da autorità e altri attori. In particolare, il centro prospettato avrebbe dovuto mettere a disposizione competenza pratica nel settore dei diritti umani, documentare e analizzare la situazione di tali diritti in Svizzera, promuovere il dialogo e lo scambio sistematico di know how, organizzare corsi di formazione continua, sviluppare strumenti di sensibilizzazione e svolgere progetti di ricerca e valutazioni sulla portata e sull'effettiva attuazione pratica delle norme in tale ambito. Fino a che punto il Centro svizzero di competenza per i diritti umani (CSDU) abbia soddisfatto tali aspettative sarà oggetto di una valutazione in programma all'inizio del 2015. Senza volerne precorrere i risultati, riteniamo opportuno riassumere brevemente in questa sede quattro anni di operato del CSDU nei suoi principali campi di attività.

Campi di attività

Competenza pratica e ricerca: I diritti umani sono quasi sempre formulati in modo molto astratto, ma dato che conferiscono a ogni individuo diritti tutelabili in sede giudiziaria hanno grande rilevanza pratica. Spesso, tuttavia, nemmeno le persone che lavorano in questo ambito conoscono con certezza il loro significato. Ab-

biamo quindi cercato di trovare il giusto equilibrio tra orientamento ai principi dei diritti umani, da un lato, e dichiarazioni rilevanti per la prassi, dall'altro. Il CSDU è stato a più riprese incaricato di identificare e preparare in una forma comprensibile agli addetti ai lavori, gli standard rilevanti per il rispetto dei diritti umani in determinati settori di attività dello Stato (p. es. voli per il rimpatrio forzato o lotta contro la mutilazione genitale femminile).

Documentazione e analisi della situazione dei diritti umani in Svizzera:

Nei quattro anni trascorsi, il CSDU ha assolto in vari modi il compito prioritario di rispondere al grande bisogno di informazioni per consentire una visione d'insieme sull'attuazione dei diritti umani a livello nazionale. Per esempio, gli studi di base pubblicati nel 2013 hanno identificato sistematicamente i settori in cui la Svizzera è stata oggetto di critiche da parte di organi internazionali per i diritti umani, hanno esaminato l'importanza di ciascuna critica e mostrato cosa era già stato intrapreso dal legislatore e dalle autorità, e cosa rimaneva ancora da fare. Un modus operandi analogo è stato adottato anche nel 2011 quando, in vista del secondo Esame periodico universale (EPU) della Svizzera da parte del Consiglio ONU dei diritti umani, il CSDU è stato invitato a stilare un bilancio intermedio sull'attuazione delle raccomandazioni del primo EPU accettate dal Consiglio federale. Inoltre, nel 2014, durante la presidenza svizzera dell'OSCE, il CSDU ha elaborato su mandato del DFAE un'autovalutazione del nostro Paese sull'implementazione di diversi standard OSCE.

Scambio sistematico di know how e piattaforma di dialogo:

Una serie di incontri e tavole rotonde ha consentito a persone interessate di confrontarsi su temi di attualità in materia di diritti umani. Attori di questo settore hanno per esempio discusso il principio di giustiziabilità dei diritti umani economici, sociali e culturali e la sua applicazione da parte dei tribunali oppure hanno dibattuto sulle possibili conseguenze di un riconoscimento del diritto di comunicazione individuale al Comitato ONU sui diritti del fanciullo. Il CSDU ha altresì partecipato al dialogo pluripartitico sull'attuazione dei Principi guida delle Nazioni Unite su imprese e diritti umani («Ruggie Principles»).

Formazione continua e sensibilizzazione:

Spesso, nelle società pluralistiche moderne come quella elvetica, manca il consenso su quali valori rivestano quale importanza in una situazione concreta. I diritti umani, tuttavia, hanno un elevato valore intrinseco e, pur traendo origine dal diritto costituzionale nazionale di diversi Stati, oggi sono ancorati a livello internazionale. Tutto ciò fa sì che in Svizzera l'accettazione della tutela internazionale dei diritti umani sia sensibilmente diminuita. Per questo motivo, la formazione continua e la sensibilizzazione in tale ambito sono più importanti che mai. Anche su questo fronte, il CSDU ha fatto la propria parte organizzando incontri e pubblicando documentazioni i cui destinatari, tuttavia, erano prevalentemente autorità e organizzazioni. A questo proposito, ha avvertito una crescente aspettativa affinché in futuro svolga anche un lavoro di informazione del grande pubblico. Resta da chiarire fino a che punto questo compito potrà essere assunto da istituzioni universitarie.

Esperienze

Negli ultimi quattro anni, il CSDU ha sviluppato una ricca attività, ma non essendo concepito come un'istituzione indipendente per i diritti umani secondo i Principi di Parigi bensì come un centro di servizi, i suoi campi di attività sono stati definiti

in larga misura dai mandati commissio-

nati. Il progetto pilota ha consentito di acquisire importanti esperienze riguardo sia alla domanda di servizi, sia alla struttura, sia al modo di lavorare. Per esempio, abbiamo intrattenuto contatti regolari con i Cantoni, principali responsabili in Svizzera dell'attuazione dei diritti umani in molti ambiti, anche se il potenziale di cooperazione non è ancora pienamente sfruttato. I contatti con la società civile si sono rivelati proficui in numerosi settori, ma potrebbero essere ulteriormente rafforzati. Infine, non è ancora stato chiarito il rapporto del CSDU con le commissioni extraparlamentari federali che si occupano di diritti umani. Ciò nonostante, nel quadriennio trascorso, il Centro di competenza ha continuato ad ampliare le proprie competenze e attività, e può guardare con soddisfazione ai molteplici e ragguardevoli risultati raggiunti.



Walter Kälin
Direttore CSDU

INTERVISTA AL PRESIDENTE DEL COMITATO CONSULTIVO

Eugen David parla del CSDU e del ruolo di un'istituzione nazionale per i diritti umani, dell'importanza di tali diritti e della necessità di tutelarli anche in Svizzera.

CSDU: Era chiaro sin dall'inizio che il CSDU sarebbe stato un progetto a tempo determinato. Come presidente del Comitato consultivo, quale bilancio traccia?

Eugen David: Ci è voluto davvero molto tempo ed è stato necessario superare molti ostacoli per giungere al lancio del progetto pilota. Si è discusso a lungo sulla forma che avrebbe dovuto assumere e, per finire, si è imposta l'idea di un centro di competenza. Con il senno di poi, credo che il CSDU abbia svolto egregiamente il mandato che gli è stato affidato. Ora si tratta di proseguire nel solco tracciato.

Cosa, per esempio, deve ancora essere fatto?

A mio modo di vedere è fondamentale che, una volta concluso il progetto pilota a dicembre 2015, nella prossima fase si

punti a un consolidamento. Il mandato attuale, ossia quello di centro di competenza che fornisce servizi, dovrebbe essere riconfermato, ma occorre una struttura consolidata. Ecco perché spero che il Consiglio federale crei una base legale che definisca chiaramente il mandato e gli enti promotori. Oltre a fornire servizi, la futura istituzione dovrebbe anche avere la facoltà di svolgere di propria iniziativa un lavoro di fondo nel settore dei diritti umani senza tuttavia assumere alcuna funzione giudiziaria o amministrativa.

È altresì importante prevedere un ampliamento della rete di enti promotori. Nella prossima fase, dovremo guardare nuovamente alle esperienze fatte da Paesi simili al nostro con istituzioni nazionali per i diritti umani, coglierne gli aspetti positivi e valutare se e quali potremmo riprendere. A quel punto potremo passare all'azione e creare un'istituzione svizzera.

Secondo Lei, dovremmo imparare dalle esperienze fatte da altri Paesi. In Norvegia, tuttavia, l'inserimento dell'istituzione nazionale per i diritti umani in un'università ha causato non pochi problemi. Quali insegnamenti dovrebbe trarne la Svizzera?

Come sancito anche nei Principi di Parigi, l'indipendenza dell'istituzione è un elemento di fondamentale importanza. Concretamente, lo Stato non può interferire nella valutazione contenutistica. D'altro canto, ritengo che un'istituzione per i

diritti umani non debba intervenire direttamente nel confronto politico. Ciò non significa che non possa accettare mandati da committenti con un determinato profilo, ma che debba eseguirli basandosi su principi scientifici ed esporre le proprie valutazioni in modo comprensibile. Formulare valutazioni è una costante delle istituzioni per i diritti umani e, in questo senso, il loro lavoro ha sempre una valenza politica, ma non deve essere, come dire, politicamente posizionato.

Intende dire che un'istituzione per i diritti umani non può limitarsi a essere un'altra voce politica?

Proprio così. L'obiettivo non è tanto parlare dei diritti umani, quanto migliorare situazioni concrete. Se per esempio il Centro di competenza redige una perizia sul trattamento delle persone anziane nelle istituzioni pubbliche, le autorità interessate possono contare su una solida base di partenza. Il rafforzamento dei diritti umani passa da piccoli passi come questo, più che da una critica a tutto campo.

L'istituzione deve avere soprattutto una funzione consultiva?

Sì, e anche una funzione motivante visto che indica delle possibilità di miglioramento. Se per esempio ci limitassimo a mettere i responsabili di istituzioni pubbliche o private sul banco degli imputati, ciò li indisporrebbe e li spingerebbe ad alzare le barricate. Eppure sono certo che la maggior parte di questi capi è contenta di ricevere proposte di miglioramento. Ecco perché credo fermamente che se il Centro di competenza rafforzerà questa sua funzione ha buone probabilità di riuscire a smuovere qualcosa.

Perché i diritti umani Le stanno particolarmente a cuore?

Sono convinto che il principio del «rule of law» abbia costituito un grande progresso civilizzatore, in quanto ha portato alla formulazione di regole ugualmente valide per tutti e ha stabilito che l'organizzazione dominante o l'élite non è tutto, ma che ogni individuo ha una sfera giuridicamente protetta. A mio modo di vedere, questi

due aspetti sono fondamentali affinché una società possa vivere in modo relativamente pacifico. Oggi, nel mondo, due Paesi su tre sono ancora governati da regimi autoritari, ma basta confrontare le diverse soluzioni per capire che una società basata sullo Stato di diritto e sulla protezione dei diritti umani offre molto di più all'individuo. Per questo è molto importante garantire e difendere tali conquiste. A volte penso che gli svizzeri sottovalutino ciò che hanno.

In conclusione, desidera lanciare un messaggio ai lettori?

Negli ultimi quattro anni il CSDU ha svolto un lavoro di tutto rispetto. Spero che in estate il Consiglio federale deciderà di proseguire il cammino intrapreso e di costruire sulla base di quanto sinora realizzato. Mi auguro inoltre che nella prossima fase consolidi l'intera struttura e la integri in una soluzione adatta ad affrontare il futuro. Tutto questo è compito del Governo ed io ho fiducia nei sette consiglieri federali.

Comitato consultivo del CSDU

Il comitato consultivo è composto di personalità della pubblica amministrazione, della politica e della società civile. Si riunisce due volte l'anno e fornisce consigli al Comitato direttivo del CSDU in merito all'orientamento strategico del Centro.

Membri del Comitato consultivo al 31.12.2014: Hans Ambühl, Doris Angst (vicepresidente), Liselotte Arni, Marius Beerli, Urs Bolz, Martine Brunschwig Graf, Wolfgang Bürgstein, Didier Chambovey, Eugen David (presidente), Oskar Freysinger, Michele Galizia, Roy Garré, Ida Glanzmann-Hunkeler, Kurt Gysi, Ulrich E. Gut, Max Hofmann, Sandra Imhof, Elisabeth Keller, Samuel Lanz, Luzius Mader, Markus Mader, Sandra Maissen, Pierre Maudet, Walter Müller, Markus Notter, Alexandre Plassard, Thomas Pletscher, Ron Popper, Simone Prodolliet, Rosmarie Quadranti, Paul Rechsteiner, Luc Recordon, Manon Schick, Anne Seydoux-Christe, Luzi Stamm, Andy Tschümperlin, Geert van Dok, Dieter von Blarer, Alec von Graffenried, Claude Wild.
Osservatrice: Vreni Müller-Hemmi

Eugen David
Dal 2011 presidente del Comitato consultivo del CSDU / 1999-2011 consigliere agli Stati del Cantone di San Gallo (PPD) / 1987-1999 consigliere nazionale / Dr. iur., avvocato



RETROSPETTIVA SU QUATTRO ANNI DI PROGETTO PILOTA

Cosa ha fatto sinora il CSDU? Come sono evoluti i mandati?
Il punto della situazione in alcune cifre e parole.

Nei quattro anni trascorsi, il CSDU ha svolto numerose attività nei settori migrazione, polizia e giustizia, politica di genere, questioni istituzionali, politica dell'infanzia e della gioventù, diritti umani ed economia nonché educazione ai diritti umani. Il finanziamento di base di 1 milione di franchi l'anno è stato utilizzato per fornire alla Confederazione diversi servizi sotto forma di studi, manifestazioni e lavoro di informazione. Il Centro di competenza ha inoltre ricevuto ulteriori mandati da autorità, economia, società civile e altre istituzioni.

Nel complesso, nel quadriennio trascorso, il CSDU ha redatto 45 studi scientifici, perizie e valutazioni, organizzato 33 manifestazioni e 5 corsi di formazione continua, pubblicato vari libri e opuscoli e fornito molti altri servizi. Inoltre, gestisce un sito web e invia regolarmente una newsletter elettronica rivolta ad addetti ai lavori, che al momento conta circa 2700 abbonati, tra persone e istituzioni. Infine, ha redatto per la newsletter 336 articoli su tematiche nazionali e internazionali attinenti ai diritti umani.

Retrospectiva in cifre

5 corsi di formazione continua
33 manifestazioni
45 studi e valutazioni
336 articoli per la newsletter del CSDU
2700 abbonati alla newsletter
632 000 visualizzazioni del sito web del CSDU

E numerose altre attività e servizi come la App «Women's Human Rights» scaricata 4500 volte in 67 Paesi.

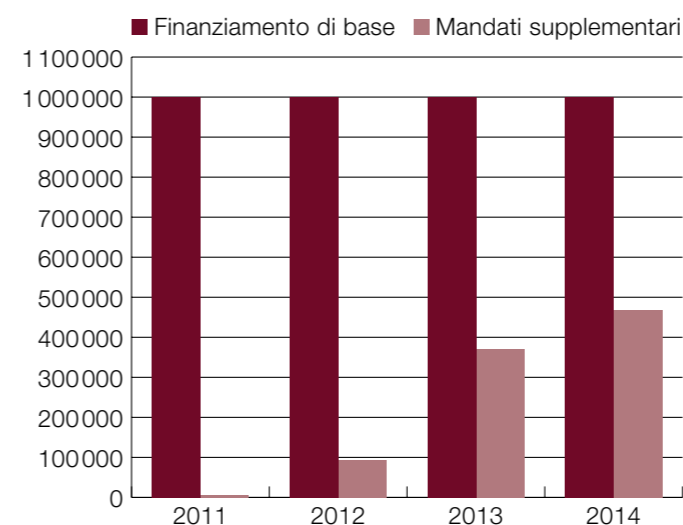
Domanda di servizi del CSDU in aumento

Nel corso degli ultimi quattro anni, il CSDU ha registrato un aumento della domanda di servizi da parte di autorità, ONG ed economia. In aggiunta ai mandati eseguiti nel quadro del finanziamento di base, dal 2011 al 2014 ha ricevuto 35 mandati supplementari, per un volume annuo cresciuto da 93 000 franchi nel 2012 a 468 000 franchi. Come si evince dal grafico sottostante, nel 2014 i mezzi finanziari acquisiti attraverso mandati supplementari ammontavano a quasi la metà delle entrate provenienti dal finanziamento di base.

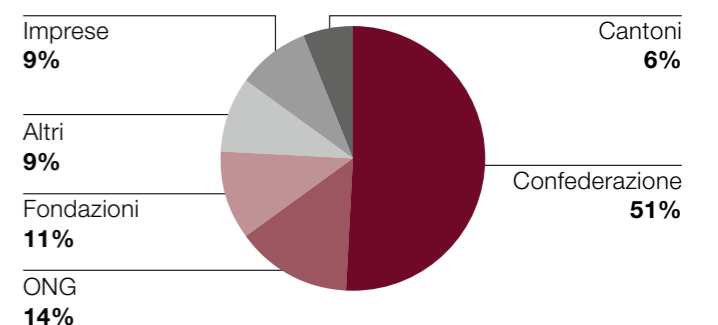
Retrospectiva in parole

Immigrazione e Occidente: miti e informazioni errate nel dibattito pubblico sulla migrazione; **Valutazione della fase di test** per il riassetto del settore dell'asilo; **Migrazione** **Persecuzioni legate al genere:** la prassi svizzera nel contesto delle evoluzioni europea e globale; **Conciliabilità** del soccorso d'emergenza per richiedenti l'asilo con il diritto internazionale e costituzionale; **I limiti imposti dai diritti umani al rimpatrio forzato:** Ginevra o Strasburgo? – Confronto tra la giurisprudenza del Consiglio ONU dei diritti umani e quella della Corte europea dei diritti dell'uomo; **Tutela giuridica** contro gli abusi commessi dalla polizia – I meccanismi di denuncia in Svizzera; **Polizia e giustizia** Detenzione cellulare nelle **sezioni di massima sicurezza:** gli standard dei diritti umani e la loro attuazione in Svizzera; **Riconoscimento di diritti umani giustiziabili in ambito economico, sociale e culturale;** Mutilazione genitale di donne e ragazze in Svizzera: panoramica su disposizioni giuridiche, competenze e autorità; **Politica di genere** Banca dati www.gleichstellungsgesetz.ch; **Transessuali in Svizzera** Questioni giuridiche (e in materia di diritti umani) sull'identità di genere: autodeterminazione o messa sotto tutela? App «Women's Human Rights»; **Attuazione dei diritti umani in Svizzera** – Il punto della situazione nel settore della politica dell'infanzia e della gioventù; **Verso una vigilanza indipendente nel settore dei diritti dell'infanzia** in Svizzera; Tavola rotonda sulla **ratifica del terzo protocollo facoltativo alla Convenzione ONU sui diritti del fanciullo** da parte della Svizzera; **Politica dell'infanzia e della gioventù** L'attuazione dei diritti dell'infanzia in Svizzera secondo il nuovo rapporto del Governo e il rapporto delle ONG; **Studio preliminare sui diritti umani in ambito sociale;** La **circoncisione** dal profilo giuridico; **Attuazione delle raccomandazioni internazionali in materia di diritti umani nello Stato federalista,** prospettive per il follow-up in Svizzera delle «Osservazioni conclusive» degli organi previsti dai trattati ONU; **Questioni istituzionali** Autovalutazione della Svizzera sull'implementazione degli standard OSCE; **Il diritto svizzero lede il diritto internazionale?** Scenari di un conflitto con il Consiglio d'Europa in caso di preminenza del diritto nazionale sulla CEDU; **Imprese e diritti umani: una sfida per gli studi legali;** Azioni legali contro imprese per violazione dei diritti umani – Un elenco di casi internazionali; **Sicurezza a scapito dei diritti umani?** Discussione sulla responsabilità in materia di diritti umani delle imprese di sicurezza e militari private; **Diritti umani e economia** Misure per ridurre il tasso di disoccupazione delle persone migranti. Una problematica che tocca **il diritto al lavoro e la protezione contro la discriminazione;** La Convenzione europea dei diritti dell'uomo (CEDU) e la sua importanza per la Svizzera – Introduzione per i giovani; **Educazione ai diritti umani** «Kompass» in Svizzera – Seminario di educazione ai diritti umani per responsabili di attività giovanili e docenti; **Educazione ai diritti umani per agenti di polizia e personale giudiziario.**

Volume dei mandati: finanziamento di base e mandati supplementari



Mandati supplementari per committente in percento



Quali autorità o istituzioni hanno richiesto servizi al CSDU? Il grafico mostra che metà dei 35 mandati non vincolati al finanziamento di base è stata conferita da diversi servizi federali. Tra i committenti del CSDU figurano anche ONG, fondazioni, Cantoni e imprese.

LE ISTITUZIONI NAZIONALI PER I DIRITTI UMANI IN EUROPA

Attualmente, in Europa si contano 32 istituzioni nazionali per i diritti umani che soddisfano appieno o in parte i Principi di Parigi. La loro impostazione, tuttavia, è molto diversa.

In generale, si distinguono tre tipi di istituzioni nazionali per i diritti umani (INDU): organi di mediazione, commissioni e istituti. Nella realtà, esistono molte forme miste di questi tipi ideali. Indipendentemente dalla loro forma, attualmente 22 INDU europee rispettano appieno i Principi di Parigi e sono così accreditate con lo status A, mentre 10 li adempiono in parte e sono quindi registrate con lo status B.

Il modello «organo di mediazione»

In Europa, il modello di INDU più diffuso è l'organo di mediazione. Gli organi di mediazione che si occupano di diritti umani hanno soprattutto il compito di trovare soluzioni eque alle denunce di cittadini riguardanti violazioni in tale ambito. Questo tipo di INDU è frequente soprattutto

nei Paesi dell'Europa orientale e sudorientale come Armenia, Croazia e Polonia, ma è stato adottato anche da Portogallo, Spagna e Austria.

La «Volksanwaltschaft» (difensore civico) austriaca, benché non (ancora) accreditata con lo status A, è una INDU interessante e di peso. Nata dall'aggregazione dell'organo di mediazione – socialmente ben integrato – per la pubblica amministrazione a livello federale e dei Länder con un sistema di sei commissioni regionali di vigilanza per istituzioni chiuse (p. es. carceri o case di cura), conta 90 posti di lavoro a tempo pieno, 48 membri di commissione ausiliari e un budget annuo di poco superiore ai 10 milioni di euro. La «Volksanwaltschaft» ha il compito di aiutare la popolazione in caso di problemi con le autorità ed è responsabile della promozione dei diritti umani in Austria. Nel 2013, ha ricevuto oltre 19000 denunce individuali e ha eseguito oltre 700 controlli perlopiù a sorprese in penitenziari, case di cura, ospedali, stazioni di polizia, caserme e cliniche psichiatriche.

Il modello «commissione»

Le commissioni per i diritti umani sono frequenti soprattutto nei Paesi dell'Europa occidentale come Inghilterra, Scozia, Irlanda, Irlanda del Nord, Francia e Lussemburgo. Questo modello è caratterizzato da una rappresentanza ampia

e pluralistica di diversi ambienti e gruppi sociali negli enti promotori e nella direzione. Di norma, i loro compiti principali consistono nella consulenza politica e nel monitoraggio nel settore dei diritti umani nonché l'educazione a tali diritti. Spesso il loro lavoro si focalizza su questioni di discriminazione. La loro struttura e i loro metodi di lavoro sono peraltro molto diversi.

Il modello «istituto»

In Europa, Paesi come la Danimarca, la Germania e i Paesi Bassi hanno accreditato come INDU un istituto. Di norma, gli istituti lavorano con un approccio più scientifico, per cui l'informazione, la documentazione, la ricerca e la formazione nonché l'interconnessione con le università rivestono grande importanza. La consulenza politica e il monitoraggio puntuale della situazione dei diritti umani sono compiti importanti anche per questo tipo di INDU. A questi si aggiungono specialità sviluppate nei rispettivi contesti in cui operano. L'istituto danese per i diritti umani, ad esempio, ha messo a punto un'offerta di consulenza per imprese transnazionali utilizzata anche oltre i confini nazionali, mentre quello tedesco, dopo la ratifica della convenzione ONU sui diritti delle persone con disabilità da parte della Germania, ha assunto anche il compito di vigilare sull'attuazione di tale trattato quale ente di monitoraggio nazionale indipendente da esso previsto.

Un esempio istruttivo

Rispetto al modello «commissione», il modello «istituto» offre una migliore demarcazione nei confronti del Governo, a condizione che l'istituto abbia una propria personalità giuridica e sia indipendente dal punto di vista organizzativo. Se questi requisiti non sono soddisfatti possono sorgere problemi, come mostra l'esempio del «Norwegian Centre for Human Rights» integrato nella facoltà di diritto dell'università di Oslo. Una valuta-

zione ha criticato il lavoro svolto dal centro norvegese come INDU, in quanto la libertà accademica gli impedirebbe di sostenere con fermezza i diritti umani. Di conseguenza, non sarebbe in grado di assumere posizioni chiare e di parlare con una voce sola come istituzione per i diritti umani.

L'università di Oslo ha condiviso questa valutazione e ha definito inconciliabili le funzioni di istituto di ricerca e di INDU. Attualmente, le autorità norvegesi stanno cercando di sganciare dal punto di vista organizzativo il centro per i diritti umani dall'università della capitale.

Conclusione

Fermo restando che i Principi di Parigi dettano l'orientamento generale, ogni INDU è il risultato di condizioni quadro nazionali specifiche. La distinzione nei tipi ideali «organo di mediazione», «commissione» e «istituto» aiuta sì a identificare elementi in comune e differenze tra le varie INDU europee, ma per le caratteristiche di un'istituzione nazionale per i diritti umani sono altrettanto importanti le distinzioni specifiche di ciascun Paese derivanti appunto dalle sue condizioni quadro.

Perché il CSDU non è una INDU?
Secondo i Principi di Parigi, un'istituzione nazionale per i diritti umani deve adempiere le seguenti condizioni:

- disporre di una base legale,
- avere un ampio mandato per la promozione e la protezione di tutti i diritti umani,
- disporre di mezzi finanziari sufficienti e di un'infrastruttura adatta,
- godere di una reale indipendenza istituzionale dal Governo,
- garantire una rappresentanza pluralistica delle forze sociali,
- essere accessibile a gruppi particolarmente vulnerabili.

Il CSDU non soddisfa questi criteri in quanto si attiva solo su mandato e come centro di servizi universitario non dispone di una base legale o di una propria personalità giuridica. Di conseguenza, non può garantire l'indipendenza richiesta.

I Principi di Parigi

I Principi di Parigi sono stati approvati nel 1992 dall'allora Commissione ONU per i diritti umani e nel 1993 l'Assemblea generale delle Nazioni Unite ne ha esplicitamente raccomandato l'adempimento in una sua risoluzione riguardante le INDU.

ATTIVITÀ 2014

Informazione, consulenza e convegni: il CSDU coadiuva autorità, società civile ed economia nell'attuazione dei diritti umani in Svizzera con un ampio ventaglio di attività.

Il CSDU ha il compito di sostenere e rafforzare diversi attori operanti in Svizzera nell'attuazione degli obblighi internazionali in materia di diritti umani. A tale scopo, offre servizi personalizzati sotto forma di studi, valutazioni, perizie, seminari, panels e altre attività. Qui di seguito vi proponiamo una panoramica delle pubblicazioni e delle manifestazioni del 2014.

Publicazioni del 2014

Le pubblicazioni riportate qui di seguito sono state pubblicate nel 2014 e possono essere consultate sul sito web del CSDU (www.csdu.ch).

Geschlechtergleichstellung im Migrationskontext – Bevormundung oder Emanzipation?, 2014, 168 pag.

Pubblicazione della collana del CSDU sull'attuale politica migratoria svizzera dal punto di vista della questione di genere con una raccolta di articoli incentrati sulle problematiche della migrazione femminile in Svizzera.

La Convenzione europea dei diritti dell'uomo (CEDU) e la sua importanza per la Svizzera, 2014, 44 pag.

Opuscolo di introduzione alla CEDU destinato ai giovani (soprattutto studenti a partire dal livello secondario II) e a tutte le persone interessate, il cui obiettivo è fornire un quadro generale breve e comprensibile di questo trattato internazionale.

Die Regelung des Unterhalts nach Trennung oder Scheidung im Mangelfall – Hinweise aus menschenrechtlicher Sicht, 28 gennaio 2014, 57 pag.

Studio sulle prescrizioni risultanti dai diritti fondamentali e umani riconosciuti dalla Svizzera, che una regolamentazione del mantenimento dopo una separazione o un divorzio, equa, rispettosa della parità di genere e delle esigenze dei figli deve adempiere.

Institutionelle Verankerung von LGBTI-Themen in der Schweiz – Umsetzung der Empfehlung CM/Rec(2010)5 des Ministerkomitees des Europarats, 19 febbraio 2014, 75 pag.

Studio sulla raccomandazione del Comitato dei ministri agli Stati membri del Consiglio d'Europa riguardo alle misure per lottare contro la discriminazione a causa dell'orientamento sessuale o dell'identità di genere.

Rechtsschutz gegen polizeiliche Übergriffe – Eine Darstellung der Beschwerdemechanismen in der Schweiz, 21 febbraio 2014, 230 pag.

Quadro d'insieme e analisi dei meccanismi e delle procedure esistenti nei Cantoni per denunciare abusi commessi dalla polizia.

Die Anerkennung justiziabler Rechte im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte durch das Bundes- und kantonale Recht, 21 febbraio 2014, 85 pag.

Studio volto a chiarire se e in quale misura il diritto interno svizzero crea diritti giustiziabili a livello federale e cantonale negli ambiti coperti dalle garanzie del Patto ONU I.

Einzelhaft in Hochsicherheitsabteilungen – Menschenrechtliche Standards und ihre Umsetzung in der Schweiz, 31 marzo 2014, 78 pag.

Perizia volta a stabilire se e in quali circostanze la detenzione nelle sezioni di massima sicurezza è compatibile con il divieto di trattamento inumano e degradante. L'indagine svolta a tale scopo si basa su interviste ai responsabili di stabilimenti carcerari e si concentra in particolare sulle prescrizioni di legge relative all'organizzazione della segregazione cellulare.

Prävention, Versorgung, Schutz und Intervention im Bereich der weiblichen Genitalbeschneidung (FGM/C) in der Schweiz, marzo 2014, 48 pag.

Studio commissionato dall'Ufficio federale della sanità pubblica e dall'Ufficio federale della migrazione che, sulla base di consultazioni approfondite, formula raccomandazioni su come migliorare la prevenzione, l'assistenza, la protezione e l'intervento nel campo delle mutilazioni genitali femminili/escissioni in Svizzera.

Schweizer Recht bricht Völkerrecht? – Szenarien eines Konfliktes mit dem Europarat im Falle eines beanspruchten Vorranges des Landesrechts vor der EMRK, aprile 2014, 53 pag.

Studio commissionato dall'associazione Menschenrechte schützen su possibili scenari di conflitto con il Consiglio d'Europa, qualora la CEDU non venisse più applicata o venisse disdetta in Svizzera.

Self-Evaluation OSCE Chairmanship, 24 ottobre 2014, 145 pag.

Indagine commissionata dal DFAE nel quadro della presidenza svizzera dell'OSCE sull'implementazione nella Confederazione di determinati standard OSCE negli ambiti (1) elezioni; (2) intolleranza e hate crimes; (3) libertà di espressione; (4) tratta di esseri umani; (5) genere e parità.

Manifestazioni del 2014

Staat und Religion – praxisrelevante Fragen, 19 marzo 2014, Friburgo

Seminario sul rapporto tra Stato e religione con particolare attenzione a due settori, scuola e naturalizzazioni, molto importanti per Cantoni e Comuni.

Menschenrechtsbildung und Schulfächer, 12 aprile 2014, Lucerna

Sostegno al convegno organizzato dal Centro per l'educazione ai diritti umani dell'Alta scuola pedagogica di Lucerna (PH Luzern), incentrato sulle attuali sfide dell'educazione ai diritti umani nelle scuole e articolato in svariati seminari e momenti (pause) per lo scambio di idee.

Enfants, familles, État: Les droits de l'enfant en péril?, 22–23 maggio 2014, Sion

Sostegno alla manifestazione della durata di due giorni organizzata dall'istituto partner Kurt Bösch su tematiche di attualità inerenti i diritti del fanciullo come gli obblighi di protezione dello Stato o lo sviluppo di un concetto di famiglia.

UN human rights treaty body reform: The outcome from a Swiss perspective, 19 agosto 2014, Berna

Moderazione dell'incontro informativo sulla riforma degli organi istituiti dai trattati ONU e sulle conseguenze per la procedura di presentazione dei rapporti nazionali dal punto di vista dei rappresentanti della Confederazione e delle ONG.

Die institutionelle Verankerung von LGBTI-Themen in der Schweiz, 31 ottobre 2014, Berna

Manifestazione e panel sui risultati dello studio del CSDU e presentazione del piano d'azione nazionale LGBT del Belgio nonché del servizio LGBTIQ della Città di Ginevra come due esempi di buone pratiche.

Altre attività del 2014

Alcuni esempi:

- Perizia sulla procedura di asilo di due richiedenti tamil;
- Ulteriore perfezionamento della App per rafforzare i diritti umani delle donne (www.womenshumanrights.ch);
- Valutazione della tutela giuridica nella procedura di asilo accelerata della Confederazione;
- Gestione della banca dati delle decisioni e sentenze riguardanti la legge sulla parità dei sessi (www.gleichstellungsgesetz.ch);
- Inchiesta sull'accesso alla giustizia in casi di discriminazione.

PERSONE LGBTI: UNA MINORANZA NEGLETTA?

Secondo uno studio del CSDU, attualmente la Svizzera è praticamente priva di servizi di assistenza pubblici specializzati per persone appartenenti a minoranze sessuali (persone LGBTI).

Nel 2010, il Comitato dei ministri del Consiglio d'Europa ha approvato una raccomandazione (CM/Rec(2010)5) nella quale esorta gli Stati membri ad adottare misure concrete per la piena realizzazione degli obblighi già sottoscritti in materia di diritti umani a favore delle persone LGBTI. In tale raccomandazione, i Governi firmatari, inclusa la Svizzera, riconoscono che le persone lesbiche, gay, bisessuali e transessuali «hanno subito per secoli e tuttora sono vittime di omofobia, transfobia e altre forme di intolleranza e di discriminazione, anche all'interno delle loro famiglie, – ivi compreso sotto forma di criminalizzazione, marginalizzazione, esclusione sociale e violenza –, in ragione del loro orientamento sessuale o della loro identità di genere», e dichiarano tra l'altro di dotare le rispettive strutture nazionali per i diritti umani di un mandato che imponga loro di affrontare le discriminazioni fondate sull'orientamento sessuale o sull'identità di genere.

Manca un'integrazione istituzionale

A livello federale, la Svizzera si è dotata di diverse istituzioni che si adoperano a favore di determinati gruppi di popolazione vittime di discriminazioni. Per studiare, prevenire ed eliminare la discriminazione a causa del genere, dello status di straniero, della razza o della religione, della (giovane) età o di una disabilità sono stati creati appositi servizi o commissioni federali. Tuttavia, come mostra lo studio svolto dal CSDU, per gay, lesbiche, bisessuali, transessuali e intersessuali, non esistono istituzioni analoghe né a livello federale né a livello cantonale. Solo le Città di Ginevra e Zurigo hanno recentemente inaugurato un proprio servizio di assistenza.

L'inchiesta condotta dal CSDU presso 77 servizi statali che potrebbero occuparsi di questioni LGBTI mostra che sono numerosi quelli interpellati da minoranze LGBTI e che, di conseguenza, vi è un bisogno di questo tipo di servizi. I motivi più frequenti che spingono persone LGBTI a interpellarli sono problemi inerenti la sicurezza e la protezione dalla violenza, limitazioni alla libertà di associazione e di riunione o alla vita privata e familiare, questioni sanitarie, problemi nel settore dell'asilo e discriminazioni multiple. Di norma, tuttavia, i servizi di assistenza statali non hanno né un mandato ufficiale per occuparsi di problemi rilevanti per

le persone LGBTI né le risorse necessarie per consulenze e provvedimenti. L'inchiesta del CSDU ha inoltre evidenziato che la maggior parte dei servizi non considera le attività a favore delle minoranze LGBTI una priorità strategica. Solo tre servizi federali hanno dichiarato di occuparsi regolarmente di questa tematica: la Divisione malattie trasmissibili dell'Ufficio federale della sanità pubblica, il settore Asilo della Segreteria di Stato della migrazione e l'Ufficio federale dello stato civile.

Manca un sostegno alle vittime

Un altro aspetto messo in luce dallo studio del CSDU è la generale carenza in Svizzera di misure statali positive volte a migliorare l'attuazione del divieto di discriminazione nei confronti di persone LGBTI. La consulenza e il sostegno alle vittime sono lasciate perlopiù a organizzazioni non governative come Famiglie Arcobaleno, l'associazione mantello di diverse organizzazioni LGBTI che tutela gli interessi delle famiglie LGBTI, o Transgender Network Switzerland, l'associazione che fornisce consulenza alle persone transessuali. Un ruolo attivo in questo ambito è ricoperto anche da volontari che mettono a disposizione quasi sempre gratuitamente il proprio know how e forniscono consulenza su questioni giuridiche e sociali in caso per esempio di conflitti sul posto di lavoro dovuti all'orientamento sessuale o all'identità di genere, di modifica del cognome o del sesso registrato all'anagrafe, di problemi di salute o di esternazioni discriminatorie («hate speech») e violenza. Secondo i rappresentanti della società civile specializzati in tematiche LGBTI, spesso alle autorità mancano le conoscenze e l'imparzialità necessarie per affrontare adeguatamente i problemi delle persone LGBTI. Sono inoltre pochissime le autorità che conoscono i problemi che toccano soprattutto le persone transessuali e intersessuali.

Prospettive

Nel complesso, si osserva da parte delle autorità un livello di sensibilizzazione relativamente basso e un quadro istituzionale poco consolidato per le problematiche LGBTI. Per ancorare meglio la tematica LGBTI, le autorità intervistate privilegiano la sua annessione a un servizio esistente, preferibilmente all'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo (UFU). Un terzo di esse caldeggia la creazione di un apposito servizio specializzato, per esempio un servizio federale aggregato all'UFU o, in generale, al Dipartimento federale dell'interno (DFI).

Pareri analoghi sono stati espressi anche da autorità interessate e coinvolte e da rappresentanti di ONG intervenuti a un seminario indetto dal CSDU nell'autunno del 2014. A loro modo di vedere, la creazione di competenze chiare è un passo assolutamente necessario. Tuttavia, mettono in guardia dal limitarsi ad annettere la tematica LGBTI a uffici per le pari opportunità esistenti senza adeguare il relativo mandato e le relative risorse. Uno sguardo oltre i confini nazionali, infine, potrebbe favorire lo sviluppo di idee su come impostare un servizio specializzato in problematiche LGBTI in Svizzera.

L'acronimo LGBTI è un termine collettivo utilizzato per descrivere persone di diversi orientamenti sessuali e diverse identità di genere, ossia lesbiche, gay, bisessuali, transessuali e intersessuali.

L'IMPORTANZA DEI DIRITTI UMANI NELL'AIUTO SOCIALE

Il CSDU ha elaborato una guida pratica in collaborazione con la Hochschule Luzern – Soziale Arbeit.

In Svizzera, le persone che non sono in grado di provvedere al proprio sostentamento hanno diritto all'aiuto e al sostegno dello Stato. Il soccorso d'emergenza e l'aiuto sociale devono permettere loro di condurre un'esistenza dignitosa e, in questo modo, contribuiscono alla realizzazione dei diritti fondamentali e umani. Del resto, la forza di un popolo si misura al benessere dei più deboli dei suoi membri, recita il preambolo della Costituzione federale.

Protezione dei più deboli apposto alla lotta contro i «parassiti sociali»

Sebbene nessuno metta in discussione il principio di fondo, negli ultimi anni l'aiuto sociale è stato oggetto di critiche sempre più serrate. Mentre il grande pubblico ha stigmatizzato le aliquote troppo alte dell'aiuto sociale e i media hanno riportato a intervalli regolari singoli casi di «parassitaggio sociale», i Comuni hanno iniziato a reclutare ispettori sociali incaricati di scovare gli abusi. Inoltre, l'iniziativa accettata dal popolo svizzero nel 2010 per l'espulsione degli stranieri che commettono reati introduce nella Costituzione l'ottenimento abusivo di prestazioni dell'aiuto sociale come motivo di espulsione.

Contesto di lavoro difficile

Appare quindi chiaro che attualmente le autorità e gli specialisti attivi nell'aiuto sociale operano in un contesto difficile. Da un lato, le aspettative nei loro confronti e il loro bisogno di legittimazione li espongono a crescenti pressioni sociali e politiche affinché i beneficiari dell'aiuto sociale vengano reinseriti nel mercato del lavoro il più presto possibile, le spese pubbliche per l'aiuto sociale abbassate e gli abusi combattuti. Dall'altro lato, gli operatori sociali sono in gran parte consapevoli della loro responsabilità verso i membri più deboli della società e si adoperano per gestire i dossier di loro competenza nel modo più adeguato e pragmatico possibile malgrado le risorse perlopiù scarse di cui dispongono.

Questioni delicate riguardanti i diritti fondamentali

In caso di conflitti o se i beneficiari dell'aiuto sociale non cooperano come auspicato con le autorità, gli operatori sociali sono messi a dura prova. Con l'emanazione di istruzioni e l'intimazione di condizioni e sanzioni essi dispongono sì di strumenti d'azione per indurre una persona che riceve l'aiuto sociale a comportarsi in modo corretto, ma nel momento in cui se ne avvalgono intervengono immancabilmente in spazi protetti dai diritti

fondamentali – come la sfera privata o la libertà personale – sollevando questioni delicate e spesso controverse inerenti l'ammissibilità giuridica.

È lecito obbligare i beneficiari dell'aiuto sociale a svolgere per esempio lavori non qualificati, come raccogliere i rifiuti, spazzare le strade e prendersi cura di parchi e giardini, per testare la loro predisposizione al lavoro? È consentito ridurre o addirittura sospendere interamente le prestazioni dell'aiuto sociale, se i relativi beneficiari si rifiutano di partecipare a un programma occupazionale di questo tipo?

Anche i genitori di famiglie monoparentali possono essere obbligati a partecipare a programmi per l'integrazione professionale oppure i doveri di educazione e di custodia dei bambini hanno sempre e comunque la precedenza?

È lecito obbligare una donna a dismettere il velo che indossa per motivi religiosi, se ciò può aumentare sensibilmente le sue opportunità sul mercato del lavoro?

Una nuova guida pratica

Un precedente studio condotto dal CSDU e dalla Hochschule Luzern – Soziale Arbeit ha confermato che molti operatori sociali si sentono insicuri quando devono occuparsi di questioni inerenti i diritti fondamentali e umani. Una nuova guida per addetti ai lavori, elaborata dalla Hochschule Luzern – Soziale Arbeit in collaborazione con il CSDU, intende esaminare a fondo tali questioni. Dopo una parte generale di introduzione alla tematica e illustrazione delle basi del diritto in materia di aiuto sociale e della protezione dei diritti fondamentali e umani in Svizzera, tale guida di un centinaio di pagine riporta numerosi esempi tratti dalla prassi. Passo dopo passo, mostra per ciascun esempio quali diritti fondamentali e umani entrano in considerazione e in quali circostanze possono essere limitati. Infine, offre agli operatori sociali molti consigli pratici volti ad agevolare il loro lavoro quotidiano.

Prospettive

A partire dall'autunno del 2015, alcune manifestazioni di formazione continua illustreranno concretamente agli operatori sociali il contenuto della guida. Nel 2015, inoltre, il CSDU approfondirà in modo scientifico altre questioni rilevanti per i diritti fondamentali: per esempio a quali condizioni e in quale misura è giuridicamente ammissibile ridurre o addirittura revocare l'aiuto sociale oppure se un obbligo di partecipare a un programma di inserimento od occupazionale può a determinate condizioni ledere i diritti fondamentali.

La guida «Grund- und Menschenrechte in der Sozialhilfe» sarà pubblicata in tedesco a maggio 2015 sul sito web del CSDU e potrà essere scaricata gratuitamente.

STRUTTURA E FINANZE

Il CSDU è una rete composta da istituti universitari e altri partner. È finanziato con sussidi federali e proventi generati da mandati.

Il CSDU è una rete formata dalle Università di Berna, Friburgo, Neuchâtel e Zurigo nonché dal Centro per l'educazione ai diritti umani (ZMRB) dell'Alta scuola pedagogica di Lucerna (PH Luzern), dall'associazione Humanrights.ch/MERS e dal «Centre interfacultaire en droits de l'enfant» (CIDE) dell'Università di Ginevra (in precedenza Istituto universitario Kurt Bösch). I collaboratori del CSDU che operano nei vari settori tematici, sono distribuiti nelle varie sedi delle università e delle istituzioni partner partecipanti.

I delegati delle università e delle istituzioni partner formano insieme al direttore, Prof. Walter Kälin, il **Comitato direttivo** composto da 12 membri. Il Comitato direttivo vigila sull'operato di tutto il CSDU e risponde della qualità del lavoro svolto, del programma di lavoro e del budget.

Nelle questioni di orientamento strategico, il CSDU è coadiuvato da un **Comitato consultivo**, che a tale scopo può proporre raccomandazioni al Comitato direttivo. Il Comitato consultivo è

composto da rappresentanti delle autorità, della politica e della società civile.

Il **Segretariato generale** del CSDU coordina l'attuazione dei progetti, organizza lo scambio di informazioni con e tra i vari attori e coadiuva i settori tematici e le istituzioni partner partecipanti nelle questioni operative. Il Segretariato generale ha sede presso l'Università di Berna ed è diretto da Evelyne Sturm.

Come viene finanziato il CSDU? Per la durata del progetto pilota, il CSDU riceve dalla Confederazione, segnatamente dal Dipartimento federale degli affari esteri (DFAE) e dal Dipartimento federale di giustizia e polizia (DFGP), un **finanziamento di base** annuale pari a CHF 1 000 000 dal quale viene dedotta l'IVA. In cambio di tale importo, il CSDU fornisce alla Confederazione, nel quadro di un contratto di prestazioni stipulato annualmente, prestazioni sotto forma di studi, manifestazioni e lavoro di informazione.

Parallelamente, il CSDU acquisisce **ulteriori mezzi** svolgendo mandati conferitigli da autorità, organizzazioni non governative o economia privata. Inoltre, i Cantoni responsabili delle università coinvolte e le istituzioni partner che fanno parte della rete mettono a disposizione l'infrastruttura e alcuni membri del Comitato direttivo svolgono le proprie funzioni su base perlopiù volontaria.

Conto economico 2014

Al momento di andare in stampa il conto economico 2014 non era ancora stato verificato dall'ufficio di revisione, per cui sarà pubblicato all'indirizzo www.csdu.ch.

PROSPETTIVE

Obiettivi fino alla conclusione del progetto pilota

Il progetto pilota «Centro svizzero di competenza per i diritti umani» si concluderà nel 2015. Anche nel suo ultimo anno di attività, il CSDU sosterrà autorità, società civile ed economia nell'attuazione dei diritti umani, attraverso studi, valutazioni, guide pratiche, brevi perizie, documentazioni, seminari, incontri informativi, articoli per la newsletter, opuscoli e altre attività.

Per esempio, termineremo uno studio per conto della Confederazione sull'attuazione degli impegni in materia di diritti umani finalizzati alla protezione dalla discriminazione; analizzeremo in quale misura l'operato della giustizia tiene conto delle esigenze dei bambini, o ancora, svolgeremo uno studio sul diritto alla sfera privata nell'era digitale e sul ruolo delle imprese in questo ambito. Inoltre, ci occuperemo degli standard in materia di diritti umani nell'ambito del ricovero a scopo di assistenza. Non da ultimo, amplieremo l'offerta di informazione e pubblicheremo schede informative sull'importanza dei diritti umani per varie categorie professionali (p.es. operatori dei media, avvocati, docenti, imprese) o determinati ambiti di vita (p.es. religione).

Il 2015 sarà contrassegnato dalla decisione sul futuro del CSDU. All'inizio dell'anno, un'azienda esterna incaricata dalla Confederazione esaminerà attentamente l'operato del CSDU nei quattro anni trascorsi. In primavera è prevista la presentazione delle conclusioni e delle raccomandazioni dell'azienda valutatrice. Partendo da tale valutazione, in estate, il Consiglio

federale dovrebbe decidere se al termine del progetto pilota CSDU la Svizzera si doterà di una nuova istituzione nazionale per i diritti umani secondo i Principi di Parigi e, in caso affermativo, come intende impostarla. Indipendentemente dalla decisione dell'Esecutivo federale, una cosa è certa: alla fine dell'anno la fase pilota del CSDU si concluderà.

Fine del progetto pilota CSDU nel 2015

Il CSDU è un progetto pilota lanciato dal Consiglio federale che si concluderà alla fine del 2015. Sulla base di una valutazione in programma all'inizio del 2015, la Confederazione deciderà se convertire il Centro di competenza in un'istituzione per i diritti umani indipendente conforme ai Principi di Parigi validi a livello internazionale.

IMPRESSUM / IMPRESSUM / COLOPHON

Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte
Centre suisse de compétence pour les droits humains
Centro svizzero di competenza per i diritti umani

Schanzeneckstrasse 1
3012 Bern / 3012 Berne / 3012 Berna
+ 41 (0)31 631 86 51
skmr@skmr.unibe.ch
www.skmr.ch / www.csdh.ch / www.csdu.ch

Redaktion / Rédaction / Redazione

Lukas Heim, Evelyne Sturm, Alex Sutter

Übersetzung / Traduction / Traduzione

Nora Martin, Sandra Verzasconi Catalano

Gestaltung/Layout / Conception graphique/layout / Impaginazione/layout

büro z {grafik design}, Bern

Fotos Titelseite / Photos couverture / Foto copertina

Polizei / Police / Polizia: ©iStock.com/EdStock

Landsgemeinde: Appenzeller Volksfreund

Haft / Détention / Detenzione: «Thorberg» – Dokumentarfilm von Dieter Fahrner

Nationalratssaal / Salle du Conseil national / Sala del Consiglio nazionale: Parlamentsdienste 3003 Bern

Paar / Couple / Coppia: ©iStock.com/EyeJoy

Auflage / Tirage / Edizione

1000

Druck / Impression / Stampa

Ast & Fischer AG, Wabern

© 2015, Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte

© 2015, Centre suisse de compétence pour les droits humains

© 2015, Centro svizzero di competenza per i diritti umani